

(Minister Wolfgang Clement)

(A) auf den Werksschienen, die im Ballungsraum liegen.

2 500 Kilometer Werksschienen liegen im Rhein-Ruhr-Raum, 2 500 Kilometer, die wir dringend für den Güterverkehr nutzen müssen. Denn selbst bei den Vorschlägen, die Sie gemacht haben, werden wir es nicht einmal schaffen, den Zuwachs an Güterverkehr auf der Straße zu verkraften. Vielmehr müssen wir ihn dringend auf die Schiene bringen, und dazu haben wir in Nordrhein-Westfalen mit den dort liegenden Werksschienen die besten Voraussetzungen. Kein anderer Ballungsraum hat solche Chancen, das zu nutzen, was hier bereits an Verbindungen liegt.

So sehr ich mit dem Kollegen Eichenseher in den einzelnen Punkten, die er hier dargestellt hat, übereinstimme - zu dem, was wir im Bereich der Bahntechnik auf den Weg gebracht haben, und zu dem, was unter dem Stichwort "Integraler Taktfahrplan für Fern- und Nahverkehr" bevorsteht -, so wenig vollziehe ich nach, was Sie, Herr Kollege Eichenseher, zum Thema Sicherheit und Service gesagt haben.

(B) Zur Attraktivität des Nahverkehrs in Nordrhein-Westfalen wie in allen anderen Regionen der Welt gehört - leider ist das so -, daß die Nutzerinnen und Nutzer, diejenigen, die mit der Straßenbahn, dem Bus, der U-Bahn, der S-Bahn oder dem Regionalenzug fahren, sich dort auch sicher fühlen können, vor allen Dingen auch abends in der Dunkelheit, daß sich vor allen Dingen auch Frauen und Kinder sicher fühlen können.

Deshalb glaube ich, daß unser Vorschlag vernünftig ist, 30 Millionen DM dafür einzusetzen, daß mit zusätzlichen Service- und Sicherheitsleistungen im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen begonnen werden kann. Herr Kollege Eichenseher, ich will da nicht spötteln, aber wenn ich manche Anträge Ihrer Fraktion im konsumtiven Bereich zu Fragen der sozialen Sicherung sehe, dann wundert mich die Klarheit, mit der Sie dies hier in Frage stellen, doch etwas, während das beispielsweise im Bereich der Arbeitsmarktpolitik von Ihnen seltener geschieht, um es vorsichtig zu sagen.

Ich glaube schon, daß wir diese Anstoßwirkung des Geldes brauchen, um im Service- und Sicherheitsbereich im Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen nennenswert weiterzukommen. Ich verspreche mir durch den Einsatz von einigen hundert

Menschen, die in diesem Sektor tätig sind, (C) durchaus eine Verbesserung der Situation. Wenn wir Menschen haben, die acht darauf geben, was in unseren Bahnen und Bussen geschieht, können sich die Fahrgäste sicherer fühlen.

Im übrigen schaffen wir dadurch einige hundert Arbeitsplätze. Herr Kollege Eichenseher, so sehr Sie recht haben, daß es darauf ankommt, im technologischen Bereich, im industriellen Bereich Arbeitsplätze zu schaffen: Wir werden es ohne die Dienstleistungen nicht schaffen. Im Verkehrsbereich liegt eine der größten Chancen für Service und damit für Dienstleistungen und damit für Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Wir möchten diese Chance in Nordrhein-Westfalen jetzt nutzen. Ich glaube, angesichts der Arbeitsmarktsituation und der Situation im Nahverkehr ist es höchste Zeit. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Clement. - Zu dem Komplex "Verkehr" im Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung. (D)

Wir kommen zur **Abstimmung**, und zwar über den gesamten **Einzelplan 08** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/2608**. Wer für diese Beschlußempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/2607 und auf die Änderungsanträge der Fraktion der CDU Drucksachen 12/2673 und 12/2674.

Wir beginnen mit

(Präsident Ulrich Schmidt)

(A) a) Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Haushaltsentwurf der Landesregierung für den Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales ist, mit Verlaub gesagt, ein erschütterndes Dokument, Herr Minister Horstmann, falscher Weichenstellung und Ihres politischen Versagens.

(Beifall bei der CDU)

Es ist bezeichnend, daß die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren nicht mehr eine so kritische Stellungnahme zum Haushalt der Landesregierung abgegeben hat wie in diesem Jahr.

Und natürlich, Herr Minister, steht heute zusammen mit dem Haushaltsplan die Sozialpolitik der Landesregierung insgesamt auf dem Prüfstand. Ich will die Kritik der Fraktion der CDU in fünf Punkte zusammenfassen.

(B) Erstens. Die Landesregierung versagt bei der wichtigsten Aufgabe, die Politik heute überhaupt hat, nämlich arbeitslosen Menschen zu helfen, wieder in Arbeit zu kommen.

(Beifall bei der CDU)

Der Kollege Laurenz Meyer hat heute morgen bereits völlig zu Recht auf das Gutachten für die Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" zur Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen hingewiesen. Wie dramatisch die Situation speziell in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen ist, zeigt ein Zitat aus der Zusammenfassung dieses aktuellen Gutachtens. Dort heißt es - ich zitiere -:

"So sind es nicht mehr die ostdeutschen Bundesländer, die die schlechteste arbeitsmarktpolitische Situation zu verzeichnen haben, sondern das Saarland und Nordrhein-Westfalen. Von den 15 untersuchten Bundesländern belegt damit Nordrhein-Westfalen den vorletzten Platz in der Bundesrepublik. Aktuelle Prognosen sehen sogar eine Verschlechterung, einen Rekord bei Arbeitslosen auf das Land zukommen, d. h.: Eine Million Menschen ohne Arbeit."

(C) Dies wörtlich aus dem Gutachten, das der Landtag für die Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit" in Auftrag gegeben hat.

Und, meine Damen und Herren: Trotz der riesigen Probleme ist der Herr Sozialminister nach eigenen Aussagen in den vergangenen Jahren noch nicht einmal in der Lage gewesen, die Mittel für Arbeitsmarktprogramme, die wir im Landtag zur Verfügung gestellt haben, sinnvoll einzusetzen. Es ist schon eine Blamage erster Ordnung, Herr Horstmann, daß Sie in den vergangenen Jahren jeweils rund 100 Millionen DM, die der Landtag zur Hilfe für arbeitslose Menschen bereitgestellt hat, am Jahresende an den Finanzminister zurückgeben mußten.

Ich sage Ihnen eines: Die Wucht der politischen Rhetorik, mit der Sie gegen die Arbeitslosigkeit zu Felde ziehen, steht in einem krassen Mißverhältnis zu Ihren eigenen Leistungen und Ihren eigenen Taten!

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ein ganz besonderes Problem - das muß uns alle umtreiben, meine Damen und Herren - ist die Arbeitslosigkeit junger Menschen. Wir, die Union, wollen, daß allen jungen Menschen unter 25 Jahren in Nordrhein-Westfalen, die länger als sechs Monate ohne Arbeit sind, statt nackter Sozialhilfezahlungen Arbeit oder Qualifizierung angeboten wird. Sie haben dafür auch - das anerkennen wir - Mittel im Haushalt bereitgestellt, können aber damit nach Ihren eigenen Aussagen bestenfalls der Hälfte der betroffenen Jugendlichen helfen.

Wir sagen: Statt viele Millionen für soziale Wirtschaftsbetriebe vorzusehen, deren Effizienz überhaupt noch nicht bewiesen ist, hätten Sie das Geld besser für konkrete Hilfen für junge Menschen zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Dritter Punkt! Wer den Menschen Arbeit geben will, muß die Investitionen im Haushalt stärken. Das haben früher auch immer die Sozialdemokraten hier vertreten. Heute, Herr Horstmann, gehen Sie mit der Sense durch den Investitionsteil Ihres Haushalts. Das wirkt sich im kommenden Jahr besonders dramatisch für die Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen aus. Es ist schon ein dramatischer Hilferuf, wenn die Krankenhausgesellschaft des Landes uns allen folgendes schreibt - ich zitiere -:

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) "Durch die seit Jahren anhaltende kontinuierliche Verringerung der bereitgestellten Investitionsmittel droht eine gravierende Auszehrung der bestehenden Substanz der Krankenhäuser. Die mangelhafte Anpassung an neue bauliche Möglichkeiten im Krankenhausbereich muß unweigerlich auch zu einem Rückfall hinter internationale Standards und Entwicklungen des medizinischen, technischen und organisatorischen Fortschritts führen."

Die Krankenhausgesellschaft weist in ihrer Stellungnahme weiter darauf hin, daß in den Krankenhäusern im Lande Nordrhein-Westfalen inzwischen ein Investitionsstau von 3,5 Milliarden DM aufgelaufen ist. Und gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände kritisiert sie - ich zitiere wiederum -:

"...daß die Mittel für Einzelförderung einen historischen Tiefstand erreichen."

Herr Horstmann, gegenüber dem laufenden Jahr kürzen Sie diese Mittel ja noch einmal um 30 % oder 100 Millionen DM. Im neuen Jahr kann keine einzige Neubaumaßnahme im Krankenhausbereich in Nordrhein-Westfalen begonnen werden. Und die Mittelkontingente für Notfälle, die es bisher gegeben hat, die haben Sie auf Null zusammengestrichen.

- (B) Meine Damen und Herren, was sich hier im Krankenhausbereich des Landes vollzieht, ist ein sozialpolitischer Skandal allererster Ordnung!

(Beifall bei der CDU)

Bezeichnend ist auch, Herr Horstmann: 70 % aller Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen sind in kirchlicher Trägerschaft. Wie glauben Sie denn eigentlich, freie Träger in Zukunft noch ermutigen zu können, wenn Sie mit deren Anspruch auf Substanzerhaltung und Substanzsicherung so umgehen, wie Sie das mit dem Haushalt 1998 tun?

Ich sage Ihnen auch eines: Der Skandal wird kein bißchen kleiner dadurch, daß die Koalitionsfraktionen die Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 1999 und folgende um 18,5 Millionen DM aufstocken wollen. Dieser Haushalt produziert weiteren Substanzverfall in unseren Krankenhäusern und weitere arbeitslose Menschen durch unterlassene Investitionen.

- Präsident Ulrich Schmidt: Herr Kollege Arentz, würden Sie eine Frage von Herrn Kreutz beantworten? (C)

Hermann-Josef Arentz (CDU): Nein, ich lasse keine Fragen zu. Ich habe noch vier Minuten Redezeit. Und, Herr Minister, dieser Haushalt ist so miserabel, daß man eigentlich eine halbe Stunde dazu reden müßte.

Vierter Punkt! Nicht besser als die Krankenhauspolitik der Landesregierung ist ihr Umgang mit dem hochsensiblen Thema des Maßregelvollzugs. Es gibt kaum ein Feld, in dem Herr Minister Horstmann im letzten Jahr mehr Vertrauen in die Handlungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Landes verspielt hat, als hier. Bei der Einbringung des Haushalts im Ausschuß hat der Minister erklärt, daß er die Dezentralisierung vorantreiben wolle. Zur Dezentralisierung, Herr Minister, gehört, daß Sie endlich dem Landtag und der Öffentlichkeit sagen, wo denn die neuen Standorte für forensische Patienten sein sollen.

Das haben Sie uns in der letzten Debatte hier im Landtag noch für Anfang Dezember versprochen. Anfang Dezember ist vorbei. Jetzt lesen wir im "Westfalen-Blatt", daß Ihr Staatssekretär sagt, der Minister wolle Anfang 1998 drei Standorte nennen. Das ist ein elendes Versteckspiel, das Sie hier mit den Menschen spielen. Das ist weder für Eickelborn mit der dauernden Verzögerung zumutbar noch für die Menschen an den Standorten, die Sorge haben, daß so eine Einrichtung dort aufgebaut wird. (D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen fordern wir Sie auf, hier und heute zu sagen, was Sie wollen. Sie wissen es doch wahrscheinlich schon lange. Sie trauen sich nur nicht, den Leuten die Wahrheit zu sagen.

Fünfter Punkt! Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN haben während der Ausschußberatungen einen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt, 3 Millionen DM zusätzlich zur Verfügung zu stellen, um die Drogenprävention erfolgreicher zu gestalten und drogenabhängigen Menschen effektiver helfen zu können. Wie notwendig das ist, zeigt beispielsweise ein Schreiben des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Lennep, das zu den Haushaltsberatungen an den Kollegen Gregull gerichtet worden ist. Dort heißt es:

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) "Völlig unzureichend ist die Versorgung jugendlicher Drogenabhängiger mit Entgiftungsplätzen. Es gibt keine Zuständigkeit für Remscheider Minderjährige. Wir bemühen uns im Bedarfsfall nach besten Kräften, weiter entfernte Jugendpsychiatrien anzusprechen, die allerdings keine Aufnahmeverpflichtung haben, so daß wir immer wieder erleben müssen, daß betroffene Jugendliche kurzfristig unversorgt bleiben."

Meine Damen und Herren, Hilfe für diese jungen Menschen ist dringend nötig. Dafür war bei den Koalitionsfraktionen kein Geld da. Aber Geld war da - anderthalb Millionen DM -, um im Land Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr Fixerstuben einzurichten.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird eine drogenpolitische Weichenstellung allerschlimmster Art vorgenommen. Bezeichnend für das schlechte Gewissen der Initiatoren dieses Antrags ist es ja, daß über diese drogenpolitische Weichenstellung nicht etwa die fachpolitische Diskussion gesucht worden ist, sondern der schnelle Weg über einen Haushaltsantrag zwischen der ersten und der zweiten Lesung.

- (B) Die Bereitstellung von anderthalb Millionen DM ist natürlich auch besonders interessant vor dem Hintergrund der Rechtsauffassung des Herrn Justizministers, der am 22. November 1997 auf dem Drogenforum der SPD in Monheim darauf hingewiesen hat, daß die Rechtslage eindeutig sei und keine Fixerstuben zulasse. Wörtlich wird der Justizminister in einem Bericht der "Rheinischen Post" vom 24. November 1997 mit dem Satz zitiert: "Ich warne davor, gegen das Recht zu verstoßen."

SPD und GRÜNE aber wollen entgegen dieser Warnung heute mit dem Beschluß, anderthalb Millionen DM für Fixerstuben zur Verfügung zu stellen, genau diese rechtswidrigen Zustände im Haushalt zementieren. Abgesehen von der juristischen Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens sage ich auch inhaltlich für unsere Fraktion: Fixerstuben, die dem Konsum von Rauschgift dienen, sind keine Hilfe für Drogenabhängige. Sie führen zur Verlängerung der Sucht und nicht zum Ausstieg aus der Sucht. Sie machen alle Warnungen besorgter Eltern und Erzieher vor dem Rauschgiftkonsum unglaubwürdig. Sie machen schließlich auch das staatliche Verbot illegaler Drogen lächerlich. Das ist ja wahrscheinlich auch das Ziel der rot-grünen Drogenpolitiker.

Hier wird in Wirklichkeit eine Salami-Taktik verfolgt: Zuerst werden gegen geltendes Recht und gegen die Warnung des Justizministers anderthalb Millionen DM für Fixerstuben in den Haushalt aufgenommen. Sind die Fixerstuben einmal da, kommt als nächstes so sicher wie das Amen in der Kirche die Forderung nach der staatlichen Abgabe von Heroin. Dies wird zuerst für einen ganz kleinen Kreis gefordert, dann wird der Kreis der Konsumenten immer größer.

(Unruhe - Glocke)

Statt Hilfe zum Ausstieg aus der Sucht gibt es dann Rauschgift vom Staat. Das ist für uns, meine Damen und Herren, eine völlig unerträgliche Perspektive und eine Perversion der Hilfsverpflichtung des Staates gegenüber kranken Menschen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden deshalb, Herr Minister, über diesen Punkt heute eine Einzelabstimmung beantragen mit dem Ziel, diese anderthalb Millionen DM nicht für Fixerstuben, sondern für tatsächliche Hilfen für drogenabhängige Menschen zur Verfügung zu stellen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Arentz. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, Ihre Rede war möglicherweise als "Opium fürs Volk" gedacht.

(Beifall bei der SPD - Lachen des Ministers Horstmann)

Sie hatte aber sehr wenig mit der gesellschaftlichen Realität in unserem Land zu tun. Wenn wir uns nämlich die Debatten über den Sozialstaat und die Sozialpolitik in der Bundesrepublik ansehen, gibt es zwei unterschiedliche Politikentwürfe. Zum einen gibt es den Politikentwurf der Bundesregierung - dafür tragen Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDA auch mit die Verantwortung -, der dazu geführt hat, daß in unserem Land keine soziale Gerechtigkeit mehr herrscht und die soziale Verantwortung verloren gegangen ist. Wir brauchen gar nicht soweit zu gehen, um die Beispiele dafür zu finden.

(C)

(D)

(Wolfram Kuschke [SPD])

- (A) Wir haben doch im Augenblick eine elende Diskussion um die Renten. Sie haben durch Ihre Politik in Bonn alte Menschen verunsichert und den Eindruck erweckt, daß alte Menschen um die verdienten Früchte ihrer Arbeit und ihres Lebensabends gebracht werden. Das ist die soziale Gerechtigkeit, wie sie von Ihnen betrieben wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ein zweites Beispiel: Sie haben durch Ihre Politik - wir haben hier im Landtag kein gegensätzliches Wort von Ihnen dazu gehört - mit dazu beigetragen, daß wir eine massive Ausgrenzung aus der gesetzlichen Krankenversicherung haben. Sie stellen durch Ihre Politik unser bewährtes solidarisches Versicherungssystem im Gesundheitsbereich in Frage. Das ist die Politik der Bundesregierung - von Ihnen unterstützt.

Den zweiten Politikentwurf will ich Ihnen vorstellen. Ich denke, daß wir auch mit dem Haushaltsentwurf für den Einzelplan 07 mit den Änderungsanträgen, wie sie von der Koalition eingebracht worden sind, Kurs halten können. Wir Sozialdemokraten arbeiten weiter für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit, für Offenheit und Toleranz in unserem Land. Sozialpolitik ist bei uns kein Anhängsel, kein notwendiges Übel, sondern Fundament unserer Politik. Sie soll Menschen vor den Abhängigkeiten, Gefährdungen und Risiken der industriellen Entwicklung schützen und eine neue und bessere Ordnung der Gesellschaft verwirklichen. Schutz- und Gestaltungsfunktion der Sozialpolitik gehören dabei für uns untrennbar zusammen.

- (B) Wir wollen durch einen wirksamen sozialen Schutz bei Krankheit, Unfall, Behinderung, Alter und Arbeitslosigkeit durch solidarisches Zusammenstehen helfen, die Folgen soweit wie möglich zu mildern und Schäden zu verhüten. Das ist nach unserer festen Auffassung die Grundlage einer modernen Industriegesellschaft und für sozialen Frieden.

Landespolitik allein, Herr Präsident, meine Damen und Herren, kann hier wenig ausrichten. Vor allem bundespolitische Entscheidungen prägen die derzeitige soziale Lage in Deutschland. Aber Landespolitik kann Akzente setzen und im Einvernehmen mit den anderen Ländern Rahmenbedingungen beeinflussen.

Wir haben in den letzten zwei Jahren diese Schwerpunkte gesetzt und denken, sie auch mit dem Haushaltsentwurf 1998 zu setzen.

Ich will mit dem ersten Punkt beginnen, nämlich der Arbeitsmarktpolitik, Herr Kollege Arentz, die Sie genannt haben. Ehrlich wäre es gewesen, wenn Sie sich hier hingestellt und gesagt hätten, die CDU-Fraktion habe bei den Haushaltsberatungen keine einzige Änderung zur Arbeitsmarktpolitik gestellt. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das ist weder im Ausschuß noch am heutigen Tage geschehen. Sie haben ja noch einige Tage Zeit, und es erfreulich, daß Sie sich dieses Jahr wieder an den Haushaltsberatungen beteiligen.

Sie haben sich statt dessen in den Ausschußberatungen gewunden, weil Sie nämlich Probleme hatten, unseren Antrag abzulehnen, mit dem wir in der Tat bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit nach vorne kommen wollen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Den haben wir nicht abgelehnt! Sie sind schon wieder bei der Unwahrheit, Herr Kollege!)

Sie machen dieses Programm mies, obwohl Sie ganz genau wissen, daß das als ein Programm für die über 10 000 jugendlichen Langzeitarbeitslosen in unserem Lande gedacht ist, die wir über kurze, mehrmonatige Crash-Kurse qualifizieren und wieder an den Arbeitsmarkt heranzuführen wollen.

Den zweiten Punkt, Herr Kollege Arentz - auch das haben Sie, mit Verlaub, Herr Präsident, geschlabbert -, will ich einmal so formulieren: Dort, wo der Staat Ausbildung organisieren kann und muß, sind wir aktiv. Wir haben sichergestellt, daß auch 1998 wieder über 15 000 Plätze in der Altenpflegeausbildung zur Verfügung gestellt werden,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und das mit einem Geldeinsatz von fast 60 Millionen DM.

Ich will einen weiteren Punkt, die Gesundheitspolitik, Herr Kollege Arentz, aufgreifen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Die ist schlimm genug!)

- Ja, die ist schlimm genug, in der Tat. Was Sie wieder an Verunsicherung in der Bevölkerung zum sogenannten Notopfer, zu dem Herr Seehofer die Grundlagen geschaffen hat, beigetragen haben, ist ein Skandal ersten Ranges.

(C)

(D)

(Wolfram Kuschke [SPD])

- (A) (Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben die Grundlage dafür geschaffen durch Ihre Weigerung zur Finanzierung von Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen.)

Wir würden viel lieber - daraus mache ich keinen Hehl und ich sage das auch selbstkritisch - noch mehr Geld für die Krankenhäuser zur Verfügung stellen. Aber wir können es nur in dem bescheidenen Umfange, der uns zur Verfügung steht, und haben immerhin einen Änderungsantrag in Höhe von 18,5 Millionen DM mit den positiven Auswirkungen auch für das Investitionsprogramm 1998 eingebracht. Wir denken, daß wir damit mehr Maßnahmen anschieben können.

Herr Kollege Arentz, heute war in einer dpa-Meldung zu lesen - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

"Die Spargesetze im Gesundheitswesen zwingen die Landesversicherungsanstalt Westfalen zum Abbau von 107 Betten in der Salzetal-Klinik von Bad Salzuflen und in der Bad Driburger Klinik Rosenberg. Als Folge dieser Maßnahmen müssen 80 Vollzeitbeschäftigte entlassen werden."

Das ist die Gesundheitspolitik, die Sie hier auch noch offensiv verteidigen.

- (B) (Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Wir haben, Herr Kollege Arentz - und daran kommen Sie nicht vorbei, und auch dazu haben Sie keinen Änderungsantrag gestellt -, über das Gemeindefinanzierungsgesetz zusätzlich 10 Millionen DM für die Kurorte zur Verfügung gestellt, und wir werden einen weiteren Änderungsantrag einbringen, um im Einzelplan 07 des Gesundheitsministers für den operativen Bereich zusätzlich 5 Millionen DM zur Verfügung zu stellen.

Nun komme ich zu dem Bereich der Drogenpolitik, Herr Kollege Arentz. Wenn nicht in der Haushaltsdebatte, wo denn anders sollen die Schwerpunkte des kommenden Jahres gesetzt und diskutiert werden? Sie sind dazu eingeladen, diese Punkte zu diskutieren.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

Die Quantität ist ja nicht immer für die Wertigkeit der Argumente entscheidend. Ich will sie trotzdem einmal aufzählen: Ausgesprochen für Schutz- und Gesundheitsräume haben sich bislang - und diese Aufzählung ist nicht vollständig - der Deutsche Städte- und Gemeindebund, das Präsidium und der Hauptausschuß des Deutschen

Städtetages, die überwiegende Mehrheit der Gesundheitsministerkonferenz, Verbände im Caritasbereich, der Verein Katholischer Junger Männer, der Ihnen doch nähersteht als der Koalition. (C)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir wollen nicht, daß gefixt und gespritzt wird, daß Spritzen auf den Kinderspielplätzen und vor den Schulhöfen herumliegen und daß durch den Konsum auch noch andere Menschen gefährdet werden.

(Beifall bei der SPD)

Das sind Schutzaspekte, die Sie ja auch einmal nennen müßten, die Sie aber bisher außen vor lassen.

Ich sage Ihnen, daß wir mit der Auffassung des Hamburger Senators Hoffmann-Riem sympathisieren, der ausgeführt hat - ich darf zitieren -:

"Drogenpolitisch sollten Fixerräume nur dann straffrei betrieben werden können, wenn sie in Beratungs- und Hilfseinrichtungen für Drogenabhängige eingebaut sind."

Genau das haben wir vor.

"In solchen Einrichtungen darf es nicht darum gehen, schlicht einen Druckraum zur Verfügung zu stellen. Vielmehr müssen begleitende Maßnahmen verfügbar sein, um der sozialen und gesundheitlichen Verelendung von Drogenabhängigen entgegenzuwirken, Aids zu verhüten und Drogenabhängigen eine Ausstiegsperspektive zu eröffnen." (D)

Jeder, der in der Drogenhilfe arbeitet, wird Ihnen darstellen können, welche Kontaktmöglichkeiten sich für Beratung, für Ausstiegsperspektiven, für Therapien bieten, wenn man in geordneten Verhältnissen an die Drogenabhängigen herankommen kann.

"Solange der Gesetzgeber nicht gehandelt hat,"

so der Hamburger Senator,

"entfällt das Strafrechtsrisiko. Damit können Fixerräume auch nicht mit dem Hinweis auf die Strafbarkeit verboten werden. Ich persönlich glaube, daß jedenfalls die Großstädte gut beraten wären, den Drogenabhängigen eine Möglichkeit zu verschaffen, gesundheitliche Risiken des Drogenkonsums zu vermindern und ihnen Hilfen beim Umgang mit der Drogensucht möglichst zum Ausstieg zu gewähren."

(Wolfram Kuschke [SPD])

- (A) Herr Kollege Arentz, da frage ich Sie doch einmal: Wann haben Sie den Drogenbeauftragten der Bundesregierung aufgefordert, gegen die Stadt Frankfurt vorzugehen, die sogenannte Fixerräume unterhält?

(Bodo Champignon [SPD]: Gute Frage!)

Wann haben Sie als CDU-Landtagsfraktion den Drogenbeauftragten der Bundesregierung aufgefordert, gegen das vorzugehen, was in Hamburg errichtet wird?

Werden Sie den Drogenbeauftragten vorgeben, gegen die Situation in Hannover demnächst vorzugehen, wo ebenfalls entsprechende Räumlichkeiten eingerichtet werden?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wir kümmern uns hier um das Land, und wir wollen wissen, wieso Sie gegen Ihren Justizminister agieren!)

Ihre drogenpolitische Auffassung ist zwiespältig, ist teilweise haarsträubend. Sie haben überhaupt noch nicht erkannt, daß es auf einen Gleichklang ankommt: Prävention und Vorbeugung, dafür zu sorgen, daß Menschen gar nicht erst drogenabhängig werden, ihnen zu helfen, wenn sie erkrankt sind. Und dazu gehört auch, daß man überlegt, sogenannte Schutz- und Gesundheitsräume bereitzustellen, immer mit der Perspektive verbunden, auch den Ausstieg aus der Abhängigkeit zu schaffen und natürlich mit der vollen Gewalt von Justiz und Polizei vor allen Dingen gegen den kriminellen und gewinntreibenden Drogenhandel mit allen möglichen Maßnahmen vorzugehen.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege Arentz, wir werden ebenfalls, die zahlreichen Bemühungen der Städte, Gemeinden und Kreise, Arbeit statt Sozialhilfe noch stärker anzubieten, unterstützen, indem wir 1 Million DM für Begleitung, Beratung und Fortbildung, darunter auch Fachtagungen, zur Verfügung stellen.

Ich denke, der Einzelplan 07 kann sich mit seinen Änderungen, auch mit den Änderungsvorschlägen der Koalition, sehen lassen. Wir befinden uns dabei im Einklang mit dem, was wir in Hannover auf dem Bundesparteitag der SPD unter dem Stichwort eines neuen Konsenses für eine neue Sozialstaatlichkeit diskutiert haben. Eine Offensive für Innovation und Beschäftigung setzt einen neuen gesellschaftlichen Konsens voraus. Ohne sozialen Ausgleich und eine Sicherung gegen die sozialen

Risiken gewinnt Innovationspolitik nur begrenzte Akzeptanz auch in diesem Feld. (C)

Es ist nicht alles finanzierbar, was wünschenswert ist. Wir brauchen deshalb ein richtiges Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität und einen effektiveren und zielgenaueren Ressourceneinsatz. Bei der Leistungsgestaltung müssen die veränderten Lebenslagen in der Arbeitswelt und in der Familie berücksichtigt werden.

Das ist die Aufgabe, vor der wir stehen, einen neuen sozialen Konsens herzustellen, bei zugegebenermaßen knappen öffentlichen Kassen auf allen Ebenen - der Kommunen, der Länder und des Bundes. Diesen Weg versuchen wir in der Landespolitik zu gehen. Aber, Herr Kollege Arentz, meine Damen und Herren, die augenblicklichen Rahmenbedingungen sind alles andere als günstig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, für eine gerechte Sozialpolitik. Deshalb brauchen wir - ich glaube, daß wir ihn auch bekommen - dringend den Macht- und Politikwechsel im Herbst 1998 in Bonn dringend.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Kuschke. - Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Abgeordneten Kreutz das Wort. (D)

Daniel Kreutz (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist klar: In Zeiten wie diesen, in denen der Bund die Länderhaushalte ausbluten läßt, um die Bereicherung der Reichen zu fördern, sind Haushaltsberatungen auf Landesebene sowieso keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung mehr.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das gilt um so mehr für die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik, die durch die Schleifung des Sozialstaats durch die Bonner Koalition die sozialen Probleme für Millionen Menschen im Lande verschärft und ganze Regionen in die Krise stürzt.

Ziel des neuesten Anschlages, der auch gezielt gegen unser Land gerichtet ist, sind jetzt die Stahl-Sozialpläne. Die Bundesregierung schickt sich gerade an, sie anzugehen.

Mit den Gespensterdiskussionen um den Industriestandort Deutschland und angeblich zu ho-

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) hen Arbeitskosten wurde der Boden dafür bereitet, die Sozialpflichtigkeit des Eigentums vollends durch Profitmaximierung im Zeichen des Shareholder Value - wie das neudeutsch so schön heißt - zu verdrängen. Der Solidargedanke, daß die wirtschaftlich Starken die Lasten der Schwachen mittragen, wird ins Gegenteil verkehrt. Heute schröpft man die Schwachen, um die Starken zu mästen.

Zum Jahresende haben wir wohl, nach dem, was man voraussehen kann, mit zwei neuen Rekorden zu rechnen: mit einem neuen Rekordstand der Massenerwerbslosigkeit und einem neuen Rekordstand auf den Konten der Unternehmer und Vermögensbesitzer. Das sind die beiden Backen des Schraubstocks, zwischen denen der Sozialstaat zerquetscht wird.

Gewalt ist heutzutage ein vieldiskutiertes Thema.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

Dabei denkt man aber kaum an die Formen der Gewalt gegen Menschen, die stattfinden, wenn mit dem Arbeitsplatz die soziale Existenz vernichtet wird, wenn der fehlende Ausbildungsplatz die Lebensperspektive zerstört, wenn jemand per Räumungsklage auf die Straße fliegt und so weiter und so fort. Die strukturelle Gewalt, die alltäglich mit Hilfe staatlicher Gesetze gegen die Schwachen ausgeübt wird, hat in Deutschland ein beispielloses Ausmaß angenommen.

(B)

Existenzangst reicht tief bis in die Mitte der Gesellschaft, wie es auch die von Minister Horstmann vorgestern veröffentlichten Zahlen zur Einkommenssituation aktuell belegen. 2 Millionen Arme in Nordrhein-Westfalen, weitere 5 Millionen in einer kritischen Lage, die schon bei kleinen Veränderungen kippen kann. Deutlich über ein Drittel unserer Bevölkerung lebt also in Armut oder ist von Armut bedroht. Das ist dramatisch, und das wird die Demokratie auf Dauer nicht aushalten. Unser Land braucht einen grundlegenden Politikwechsel in Bonn, um eine Perspektive auch für Nordrhein-Westfalen zurückzugewinnen.

Dank der zielbewußten Waigelschen Steuerpolitik können wir mit dem Versprechen unseres Koalitionsvertrages, in der Arbeitsmarktpolitik die finanziellen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der EU-Arbeitsmarktprogramme dauerhaft sicherzustellen, jetzt in eine prekäre Lage. Wir können die Kofinanzierung aus dem Haushalt nicht mehr sicherstellen. Deshalb gilt jetzt das

Prinzip Hoffnung, daß dafür in weit größerem Umfang als bisher Drittmittel eingeworben werden können. Damit entstehen für unsere Arbeitsmarktpolitik bisher unbekannte Risiken. (C)

Herrn Waigel ist es auch zu verdanken, daß die Verpflichtungsermächtigungen generell drastisch abgesenkt werden, selbst wenn dadurch qualitative Probleme drohen, etwa bei "Arbeit statt Sozialhilfe", für die bisher aus guten Gründen das Prinzip der zweijährigen Bewilligung gilt.

Wenn Kollege Arentz wortreich beklagt, wo es an allen Ecken und Enden zuwenig Geld gibt, dann steht dem natürlich kein einziger Haushaltsantrag der CDU-Landtagsfraktion gegenüber, der auch nur im entferntesten die Perspektive demonstrativ signalisiert, daß Sie an der Situation irgend etwas ändern könnten. Sie können es nämlich auch nicht.

(Loke Mernizka [SPD]: Jawohl!)

Mit der Schlinge von Waigel um den Hals ist der Bewegungsspielraum der Koalitionsfraktionen bei den Haushaltsberatungen deutlich eingeschränkt.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Mit Blüm im Nacken!)

- Mit Blüm im Nacken, Herr Matthiesen, richtig! Von insgesamt 81 Millionen DM, die mit Ach und Krach bewegt werden konnten, gehen rund 24 Millionen DM - immerhin! - in die Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Oft ist das allerdings gegenüber dem Vorjahr kein Plus, sondern lediglich ein geringeres Minus. (D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Daniel, gehe nicht so behutsam mit ihm um, du mußt viel härter sein! - Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU] - Klaus Matthiesen [SPD]: Das weise ich zurück!)

Ich bekenne mich auch hier zu meiner persönlichen Meinung, daß ich es für schwer vertretbar halte, daß ein wesentlicher Teil dessen, was in der parlamentarischen Beratung bewegt wird, durch Verlängerung der Stellenbesetzungssperre um weitere drei Monate zu Lasten der Beschäftigten und letztlich auch von Beschäftigung erwirtschaftet wird. Unsere anderweitigen Deckungsvorschläge sind leider im Interessenkonflikt hängengeblieben.

Die Förderung sozialer Wirtschaftsbetriebe als innovatives Instrument integrierter Arbeitsmarktpolitik geht jetzt ins zweite Jahr. Dieses Modell versucht, das Arbeitsmarktproblem gleichsam an

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) der Wurzel zu packen, nämlich beim Mangel an regulären Arbeitsplätzen. Das halten wir für nötiger denn je. Wir fördern die Schaffung regulärer und dauerhafter Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose und andere, die am Arbeitsmarkt als Problemgruppen gelten. Das Programm ist zu Beginn dieses Jahres so gut angelaufen, daß schon vor dem Sommer mehr qualifizierte und bewilligungsfähige Anträge vorlagen, als aus den real verfügbaren Mitteln bedient werden konnten.

Für die ersten fünf Jahre war eigentlich ein Gesamtrahmen von 125 Millionen DM verabredet. Im diesjährigen Haushalt waren auf die Jahre verteilt 70 Millionen DM veranschlagt, wobei der Baransatz 1998 auf 17 Millionen DM steigen sollte. Mit einem Ansatz von 16 Millionen DM für 1998 wird diese Planung jetzt etwas unterschritten, aber nicht viel.

Die neue Initiative für langzeiterwerbslose Jugendliche, für die 8 Millionen DM zusätzlich bereitgestellt werden, hat unsere grundsätzliche Unterstützung. Ganz im Gegensatz zur CDU, deren Interesse in der Ausschußdiskussion zu diesem Punkt sich vorrangig darauf richtete, wie man die Leute mit Androhung von Kürzungen oder Streichungen der Sozialhilfe terrorisieren könnte, ist für uns von entscheidender Bedeutung, daß hier gilt "Angebote statt Sanktionen".

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Beides: Angebote und Sanktionen!)

Mit Erleichterung nehmen wir zur Kenntnis, daß die Landesregierung über die Ergänzungsvorlage die notwendigen Voraussetzungen zur unverminderten Fortführung der Altenpflegerausbildung auf unserem erreichten, bundesweit beispiellosen Niveau sicherstellt. Um so wichtiger ist es jetzt, auch die Bundesanstalt für Arbeit unvermindert in der Verantwortung zu halten. Es geht im Lande die Sorge um, daß die Arbeitsverwaltung mit dem Auslaufen und der Neubesetzung von Ausbildungsgängen den Rückwärtsgang einlegt. Das wäre über den Landshaushalt nicht mehr reparabel. Dem muß, wo immer möglich, auch örtlich vorgebeugt werden.

Die CDU hat übrigens bei diesem Thema in den Haushaltsberatungen ihren Offenbarungseid geleistet. Sie haben im Ausschuß, Herr Arentz, einen Antrag gestellt, mit dem Sie vollmundig die Ausbildung noch über das diesjährige Volumen hinaus steigern wollen. Dafür haben Sie ganze 3 Millionen DM beantragt, also weniger als ein

Siebtel dessen, was wir tatsächlich zusätzlich brauchen, um das diesjährige Niveau zu halten. (C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was war das dann für ein völlig bescheuerter Haushaltsansatz der Landesregierung, wenn das so ist!)

Sie haben offensichtlich nicht den blassesten Dunst, welche Anstrengungen das Land unternimmt und was das überhaupt kostet.

(Beifall bei GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Sie wären gut beraten, sich an dieser Stelle nicht noch einmal so aufzuplustern wie in diesem Jahr.

Die Förderung neuer Wohnformen für pflegebedürftige alte oder behinderte Menschen, die an den Bedürfnissen der Betroffenen orientierte selbstbestimmte Alternativen zum Pflegeheim bieten, scheiterte in der Vergangenheit allzu oft daran, daß die traditionellen Förderinstrumente des Wohnungsbauministers und des Sozialministers unüberbrückbare Lücken ließen. Mittlerweile wurde ein zwischen beiden Ressorts abgestimmtes Förderkonzept entwickelt. Die Antragsentwicklung hat bestätigt, daß hier ein erheblicher Bedarf besteht, selbst im beschränkten Rahmen des Modellhaften. Die erneute drastische Kürzung, die der Haushaltsentwurf vorsah, konnten wir größtenteils, wenn auch nicht ganz, reparieren. (D)

Mit Unterstützung zahlreicher Interventionen aus der Trägerlandschaft ist es gelungen, das Programm, mit dem wir sozialpolitisch zur dauerhaften Wohnraumversorgung von Wohnungsnotfällen beitragen, uneingeschränkt fortzuführen. Flexibel anwendbar auf örtliche Verhältnisse und Erfordernisse werden damit übertragbare Modelle zur besseren Bekämpfung von Wohnungsnot und Wohnungslosigkeit entwickelt.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Deshalb war der Haushaltsansatz zunächst einmal auf Null gesetzt.)

An dieser Stelle eine Bemerkung zum Thema Insolvenzrechtsreform, auch wenn das zunächst der Abteilung Kinder und Jugend zugeordnet wurde: Wie Sie bemerkt haben dürften, werden jetzt noch keine Mittel zum Auf- und Ausbau der Schuldnerberatung bereitgestellt. Die Koalitionsfraktionen haben aber die Zusage des Ministerpräsidenten, daß die Landesregierung in einigen Monaten rechtzeitig vor dem Start zur Jahres-

(Daniel Kreutz [GRÜNE])

(A) mitte die notwendigen landesrechtlichen und förderpolitischen Regelungen treffen wird.

Die Kürzung des Suchthilfepotfes konnten wir nur verringern, nicht abwenden. Wir hoffen sehr, daß die angemessene Umsetzung des Landtagsbeschlusses zu Frauen und Sucht und des erwarteten Landessuchtprogramms möglich bleibt. Dazu soll auch die kleine Verpflichtungsermächtigung beitragen, die wir hinzufügen.

Gemeinsam unterstreichen wir mit dem 1,5 Millionen DM-Untertitel den Willen der Koalition, sobald wie möglich mit der Einrichtung von Konsumräumen für Heroinabhängige zu beginnen. Das Rechtsgutachten der Hamburger Justizbehörde - Kollege Kuschke hat darauf hingewiesen - hat neue Perspektiven eröffnet, die möglichst unverzüglich genutzt werden müssen. Wir sind uns nämlich einig, Herr Arentz, auch wenn Sie sich vielleicht diesem Konsens noch nicht anschließen können: Tote können nicht mehr clean werden. Die wichtigste Voraussetzung für Abhängige, ein Abstinenzziel erreichen zu können, besteht darin zu überleben. Dazu tragen Konsumräume bei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Das Ziel, die Mittel für zielgruppenspezifische Aidsprävention, Beratung und Pflege ungekürzt zu erhalten, haben wir nur ganz knapp verfehlt. Dafür erlaubt eine kleine Verpflichtungsermächtigung erstmalig auch die Bewilligung überjähriger Projekte, was gerade mit Blick auf Zielgruppen wichtig ist, wo wir mit Verlässlichkeit Vertrauen erwerben müssen. Auf dieser Grundlage sind erst viele Maßnahmen in diesem Bereich möglich.

Meine Damen und Herren, ich bitte um Zustimmung zur Beschlußempfehlung für den Einzelplan 07. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und von Abgeordneten der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Kollege Kreutz. - Für die Landesregierung spricht der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Dr. Horstmann.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich stammt der Haushaltsentwurf, den ich Ihnen vorzustellen habe, nicht aus der Welt des Wünschbaren. Er ge-

hört zum Reich des Notwendigen und Möglichen, aber, Herr Kollege Arentz, was Sie an Kritik geübt haben, das stammt allenfalls aus dem schwarzen Loch fehlender Verantwortung. (C)

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wer hat Ihnen das aufgeschrieben. Das ist ja grauenhaft!)

Ich halte das, was die Landesregierung vorschlägt, in jedem Punkt für vertretbar. Im Gesamtzusammenhang ist es ein Haushalt, der Einschnitte in das soziale Netz vermeidet und damit eine Alternative darstellt zu den seit 15 Jahren sattsam bekannten Politikmustern aus Bonn. Das haben wir auch in diesem Jahr gewährleisten können.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung - Herr Kollege Arentz, ich kann das nur noch so sagen - hat die Bundesanstalt für Arbeit zur "Verwahranstalt für Arbeitslosigkeit" verkommen lassen. In Nordrhein-Westfalen bleibt dagegen Planungssicherheit für alle Arbeitsmarktakteure das prägende Kennzeichen der arbeitsmarktpolitischen Landschaft auch im nächsten Jahr. Unsere Landesarbeitsmarktprogramme stehen nämlich wieder im gewohnten Umfang zur Verfügung. Wir bauen auf einem Finanzsockel von 840 Millionen DM auf. Für die Flankierung des sich fortsetzenden Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen setzen wir 350 Millionen DM ein. Die präventiven Anstrengungen zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit bauen wir sogar weiter aus, indem wir Modernisierungsanstrengungen vor allem in den kleinen und mittleren Unternehmen mit 120 Millionen DM unterstützen. Deutlich erhöhte Mittel stehen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und für die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit bei anderen Zielgruppen bereit, nämlich insgesamt 370 Millionen DM. (D)

Herr Kollege Arentz, ich finde es gut, daß Sie auch ein lobendes Wort für Anstrengungen gegen Jugendarbeitslosigkeit gefunden haben. Ich finde es auch gut, daß Sie ehrgeizig sein wollen und sagen: Wir müssen allen jungen Leuten, denen droht, sechs Monate und länger arbeitslos zu sein, einen Arbeitsplatz, eine Beschäftigungschance anbieten.

Verheimlicht haben Sie: Dies ist die politische Forderung, die politische Idee, der politische Gedanke des Beschäftigungsgipfels von Luxemburg,

(Minister Dr. Axel Horstmann)

- (A) dessen Ergebnisse Ihr Bundeskanzler nur widerwillig mitgetragen hat.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ohne den Bundeskanzler wäre der Gipfel nicht zustande gekommen! - Gegenrufe von der SPD)

Herr Kollege Arentz, ich finde es gut, daß Sie sich darauf berufen. Ihr Ehrgeiz wird auch mich anspornen. Ich glaube, wir können noch manches gemeinsam auf diesem Sektor vollbringen.

In diesem Zusammenhang sage ich: Die Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung - damit da kein Zweifel ist - langzeitarbeitsloser Jugendlicher werden in Abstimmung mit Wirtschaft und Gewerkschaften, mit Kommunen und Freien Wohlfahrtsverbänden zügig anlaufen. Dafür stehen aufgrund des Willens der Koalitionsfraktion nochmals über den Regierungsentwurf hinaus erhöhte Mittel zur Verfügung, wofür ich sowohl der SPD-Fraktion als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN herzlich dankbar bin.

Herr Kollege Arentz, Verpflichtungsermächtigungen - daran besteht kein Zweifel - werden für diese gesellschaftspolitisch besonders wichtige Aufgabe im Arbeitsmarkthaushalt selbstverständlich nach Bedarf freigesetzt.

- (B) Ich will eines deutlich sagen: Die enormen Anstrengungen des Landes auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik sind - wenn man so will - freiwillige Leistungen. Sie auf hohem Niveau fortzuschreiben ist keine Selbstverständlichkeit angesichts der dramatisch enger werdenden Haushaltsspielräume. Zuständig für die Mängel und für deren Behebung in der Arbeitsmarktpolitik ist der Bund. Deswegen heißt es bekanntlich auch "Bundesanstalt für Arbeit" und nicht "Landesanstalt für Arbeit". Deshalb ist das, was Nordrhein-Westfalen tut, eine bewußte politische Entscheidung im Gegensatz zum Verhalten des Bundes. Der betreibt seit langem Mängelverwaltung in der Arbeitsmarktpolitik.

Auch in der Sozialpolitik halten wir Kurs. Der Bonner Koalition ist es inzwischen gelungen, den Generationenvertrag so ins Gerede zu bringen, wie das noch nie der Fall war. Ältere und jüngere Menschen sind gleichermaßen verunsichert. Die Landesregierung setzt dagegen eine Fortsetzung der Politik des solidarischen Ausgleichs, insbesondere des solidarischen Ausgleichs zwischen jung und alt.

Wir können im nächsten Jahr - Herr Kollege Arentz, hören Sie gut zu - das Volumen des Landesaltensplans sogar noch steigern, und zwar um 22 Millionen DM auf 249 Millionen DM.

Unser Hauptaugenmerk gilt dabei der Infrastruktur für ältere und für pflegebedürftige Menschen. Wir setzen die Förderung der komplementären ambulanten Dienste fort. Wir fahren fort mit der Stärkung der pflegerischen Infrastruktur. Wir setzen die Förderung der aktivierenden Erholung älterer Menschen fort, wobei wir - das ist eine der Einschränkungen - uns konzentrieren müssen auf die Gruppe einkommensschwacher Menschen. Wir fördern weiter die Altenselbsthilfe und das soziale Ehrenamt.

Noch ein Wort zur Altenpflegeausbildung, über die wir oft gesprochen haben in diesem Haus. Wir haben ein bundesweit vorbildliches Niveau erreicht. Wir werden es im nächsten Jahr absichern.

Ich will aber klar hinzufügen: Wir sind darauf angewiesen, daß auch die Bundesanstalt für Arbeit wie bisher die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt, um ihren Teil des Obligos zu erledigen. Sollte sich die Bundesanstalt aus finanziellen Gründen oder aus welchen Gründen auch immer zurückziehen, dann kann und wird das Land die Defizite nicht kompensieren können. Insoweit kann es dann auch keinen Bestandsschutz für die Träger geben. Das muß allen Verantwortlichen klar sein.

Zur Gesundheitspolitik! Was der schwarze Freitag für die Wirtschaft ist, das ist der schwarze Seehofer für das Gesundheitswesen in Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

1997 war ein schlimmes Jahr. Mit den sogenannten Neuordnungsgesetzen ist der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung zu Lasten vieler Menschen ausgedünnt worden. Viele Patientinnen und Patienten zahlen viele hundert Mark mehr für ihre Behandlungskosten.

Der Einstieg in den Ausstieg aus der paritätischen Lastenverteilung ist Herrn Seehofer schließlich auch gelungen, und zwar zuungunsten der Arbeitnehmer.

Und in den Rehabilitationsstandorten unseres Landes ist ein Strukturbruch ausgelöst worden, der unnötig und schädlich für uns alle - für die betroffenen Menschen, für das Land, für die Patientinnen und Patienten - war. Die Landesregie-

(C)

(D)

(Minister Dr. Axel Horstmann)

- (A) rung wird auch im kommenden Haushaltsjahr die im Handlungsrahmen Kurorte gebündelten Anstrengungen fortsetzen.

Auch wenn sich die Mittel im Bereich der Krankenhausinvestitionen im kommenden Jahr bescheidener ausnehmen: Die gute Krankenhausinfrastruktur unseres Landes wird gesichert bleiben. Die Landesregierung wird sicherstellen, daß wir im Vergleich zu den anderen Bundesländern nicht ins Hintertreffen geraten.

Herr Kollege Arentz, Sie sprechen von internationalen Standards. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? - Wissen Sie, daß 80 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen die Krankenhausinfrastruktur für gut bis sehr gut halten? - Erschüttern Sie nicht unnötig das Vertrauen der Menschen in eine ordentliche Krankenhausversorgung. Die Landesregierung steht dafür gerade, daß das so bleiben wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, durch die neue Titelgruppe "Standortsicherung und Innovation im Gesundheitswesen" mit einem Ansatz von 5 Millionen DM schaffen wir zusätzliche Flexibilität, um sinnvolle gesundheitspolitische Projekte mit möglichst nachhaltiger Strukturwirkung zu fördern.

(B)

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, gestatten Sie eine Frage von Herrn Arentz?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ich habe leider nur noch eine Minute. Das kann ich mir nicht mehr leisten. Entschuldigen Sie bitte.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, daß die Kritik ein wörtliches Zitat der Krankenhausesellschaft war!)

Zur Flankierung der Gesetzesnovelle im Maßregelvollzug - Herr Kollege Arentz, das will ich Ihnen noch sagen - und der damit verbundenen Weiterentwicklung seiner Instrumente habe ich einen Haushaltstitel in Höhe von 2,2 Millionen DM veranschlagt, um die Empfehlungen umzusetzen, die bekanntlich gemeinsame Empfehlungen aller drei Fraktionen dieses Hauses gewesen sind.

Herr Kollege Arentz, ein letztes Wort. Die Bekämpfung der Suchtkrankheiten ist immer noch eine drängende Herausforderung für die Gesund-

heitspolitik. Hinzu kommt noch: Je schwieriger die sozialen Lebenslagen von Menschen werden, desto größer ist die Suchtgefährdung insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. (C)

In dieser Situation hilft nur pragmatisches Handeln,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Und in dieser Situation brauchen wir Fixerstuben! Das ist doch wirklich absurd!)

nicht ideologiebeladenes Wunschdenken. Der Streit, den Sie seit vielen Jahren mit der Landesregierung austragen, ist der Streit zwischen pragmatischem Handeln und ideologiebeladenem Wunschdenken, Herr Kollege Arentz. Ich garantiere Ihnen: Wir bleiben bei der Leitlinie des pragmatischen Handelns.

Wir steuern auf ein Gemeinschaftswerk aller verantwortlichen Akteure zu. Mit einem Landesprogramm gegen Sucht werden neue Akzente gerade der Prävention und der Hilfe gesetzt werden. Die Landesregierung beabsichtigt, für das Programm 4,6 Millionen DM einzusetzen.

Darüber hinaus sind auf Initiative der Regierungsfractionen 1,5 Millionen DM für die Einrichtung von Konsumräumen für Drogenabhängige in den Haushalt aufgenommen worden. Damit sind haushaltsmäßige Voraussetzungen geschaffen worden, um gemeinsam mit den Kommunen das Infrastrukturangebot einer wirksamen Drogenhilfe um einen weiteren wichtigen Baustein zu ergänzen. Die Landesregierung erwartet, daß noch bestehende rechtliche Fragen zu diesem vernünftigen Hilfeangebot im kommenden Jahr geklärt werden können. (D)

Herr Kollege Arentz, Sprache ist manchmal ein gefährliches Instrument. Deshalb ist jeder, der sich ihrer bedient, zum sorgfältigen Umgang damit verpflichtet. Sie haben gesagt, wir wollten mit den Konsumräumen dem Konsum von Drogen dienen. So habe ich es mir notiert.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nichts anderes tun Sie!)

Herr Kollege Arentz, das ist falsch.

(Zuruf von der SPD: Das weiß er auch!)

Wir wollen keinesfalls dabei helfen, Drogen zu konsumieren. Konsumräume dienen der gesundheitlichen Betreuung von Drogenkranken, einer Gruppe von Menschen in unserer Gesellschaft, für die Sie in Ihrer Drogenpolitik, wie Sie sie nen-

(Minister Dr. Axel Horstmann)

(A) nen, Herr Kollege Arentz, nichts anzubieten haben.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Oh doch!)

Ich bin froh, daß andere - auch Parteifreundinnen und Parteifreunde von Ihnen - längst weiter sind. Was Sie hier seit vielen Jahren zelebrieren, ist drogenpolitisches Steinzeitalter. Das wird sich in Nordrhein-Westfalen nicht durchsetzen, ein weiterer Grund dafür, warum wir regieren und Sie opponieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Horstmann. - Da zum Komplex Arbeit, Gesundheit und Soziales keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, leite ich über zum zweiten Bereich des **Einzelpans 07:**

b) Kinder, Jugend und Familie

Ich erteile zunächst dem Kollegen Rösenberg für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön.

(B) **Antonius Rösenberg (CDU):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, an die Adresse der CDU und insbesondere des Kollegen Arentz gewandt, haben Sie formuliert, Sprache könne ein gefährliches Instrument sein. Wenn Sie dieser Meinung sind, sollten Sie das auch auf das beziehen, was der Kollege Kreuzt, Ihr Koalitionspartner, eben in der Debatte gesagt hat, als er strukturelle Gewalt, die täglich mit Hilfe staatlicher Gesetze gegen die Schwachen in der Gesellschaft ausgeübt werde, angeprangert hat. Veränderungen von Gesetzen, wenn sie mit notwendigen schmerzlichen Eingriffen verbunden sind, bezeichnet er, durch Sie unwidersprochen, als strukturelle Gewalt. Will er das zum Beispiel auch auf die strittige Debatte über das Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder ausdehnen? Ich meine, Sie müßten auch das kritisieren.

(Beifall bei der CDU - **Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber**)

Hinsichtlich der Jugend- und Familienpolitik reicht es sicherlich nicht aus, hier und da Zahlen der einzelnen Titel miteinander zu vergleichen. Vielmehr müssen auch politische Ziele, die strittig sind, und Inhalte der Jugend- und Familienpolitik angesprochen werden.

Ich gestehe ein: Wenn ein Haushaltsentwurf auf den Tisch kommt, ist man bei der schwierigen Haushaltssituation auf den unterschiedlichsten Ebenen als Fachpolitiker zunächst geneigt, zufrieden zu sein, wenn der Titelansatz im neuen Haushaltsjahr fortgeschrieben wird. Aber man muß berücksichtigen, daß die Überrollung der Titelbereiche - und das vollzieht sich überwiegend im Landesjugendplan und in den familienpolitischen Bereichen - letztendlich zu Belastungen insbesondere der freien Träger führt. (C)

Herr Staatssekretär Pröbsting hat auf einer Veranstaltung am 3. November, auf der es um die Beratungsangebote in Nordrhein-Westfalen ging, darauf hingewiesen, daß immer mehr Menschen aus welchen Gründen auch immer Beratungsangebote aufsuchen, daß wir neue Strukturen entwickelt haben, die sich als durchaus positiv herausstellen und auch zu bewerten sind. Aber der Landesanteil für diese Beratungsangebote wächst seit Jahren nicht mehr, sondern behält von Jahr zu Jahr den gleichen Ansatz. Insoweit werden im Beratungsbereich nicht, wie das in den Richtlinien vorgesehen ist, bis zu 50 % der Personalkosten finanziert, wobei der Anteil der Träger von Jahr zu Jahr steigt.

Ähnliches vollzieht sich bei der Familienbildung. Wir müssen deshalb zukunftsorientiert demnächst mehr Mittel für diese wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben zur Verfügung stellen. (D)

Meine Damen und Herren, in der Familienpolitik war das Jahr 1997, insbesondere das letzte Halbjahr, für den verantwortlichen Minister, aber auch für die Landesregierung insgesamt und die sie tragenden Koalitionsfraktionen keine gute Zeit. Das beziehe ich in erster Linie auf die strittige Diskussion um die Novellierung des GTK. Es mußte ein völliges Versagen des Ministers und des Ministeriums festgestellt werden,

(Beifall bei der CDU)

was die Setzung wichtiger politischer Zielvorgaben und das Ergreifen von Initiativen angeht.

Zwei, drei Sätze zum GTK und zu den Haushaltsvorgaben: Wir finden es richtig, daß Restmittel im investiven Bereich - 1995 136 Millionen DM, 1996 53 Millionen DM, 1997 zu erwartende 59 Millionen DM - mit der Ergänzungsvorlage reduziert und der realistischen Entwicklung angepaßt werden. Sie kürzen mit der Ergänzungsvor-

(Antonius Rösenberg [CDU])

(A) lage 50 Millionen DM bei den Betriebskosten. Der Haushaltsvermerk ist wichtig:

"Einsparung von 50 Mio DM. Auf die Elternbeitragserrhöhung wird nur verzichtet unter der Prämisse, daß eine Reduzierung der Gesamtbetriebskosten bei den Kindertageseinrichtungen erfolgt."

Diesem Haushaltsvermerk haben auch die GRÜNEN zugestimmt. Nun müssen Sie sich heute deutlich erklären, Frau Koczy. Sie können nicht immer hier nur zustimmen und im Lande etwas anderes sagen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Ute Koczy [GRÜNE])

Es gibt ja nur zwei Möglichkeiten: Entweder gelingt es, im Rahmen der Novellierung des GTK zu einer Reduzierung der Betriebskosten zu kommen - das SPD-Grundsatzpapier schlägt eine Reduzierung der Fachkräfte von 2 auf 1,5 vor; die GRÜNEN sagen nein -, oder es gelingt nicht, und dann wird, wie hier im Haushaltsvermerk festgeschrieben, eine Beitragserhöhung erfolgen, um die Einnahmen auf diese Weise zu kompensieren.

(Zuruf der Ute Koczy [GRÜNE])

(B) Sie sind aber auch dagegen! Stimmen Sie also hier nicht diesen Plänen zu, wenn Sie draußen im Lande erklären, daß Sie ein striktes Nein zu diesen Plänen formulieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben einen Erhöhungsantrag für Fortbildungsmaßnahmen im sozialen Bereich insbesondere unter dem Gesichtspunkt gestellt, daß viele Ehrenamtliche daran teilnehmen. Dieser Ansatz wurde um 1,2 Millionen DM auf null reduziert; Ihr Erhöhungsantrag auf 500 000 DM reicht unseres Erachtens nicht aus.

Wir haben im Ausschuß den Antrag eingebracht, den gesamten Titelbereich "Gleichgeschlechtliche Lebensformen" auf null zu setzen, weil wir unter dem Gesichtspunkt schwieriger Haushaltsverhältnisse diese gesamte Titelgruppe als entbehrlich empfinden.

(Minister Dr. Axel Horstmann: Populismus!)

Wir meinen, es gibt weitaus wichtigere Aufgaben. Sie haben nicht nur den Vorschlag der Regierung zu diesem Titelbereich übernommen, sondern Sie

haben durch Beschlußfassung im Haushalts- und Finanzausschuß noch 300 000 DM zugelegt. (C)

(Ute Koczy [GRÜNE]: Das ist doch lächerlich!)

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Gedanken aufgreifen und die Anfrage des Kollegen Appel von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den gleichgeschlechtlichen Paaren als Pflegeeltern und Ihre Antwort, Herr Minister, kritisch thematisieren. Bei allem Verständnis - ich formuliere das zurückhaltend - für Einzelfälle, in denen sich Menschen für andere Lebensformen außerhalb von Ehe und Familie entscheiden und eventuell der Wunsch nach Kindern da ist, wobei es gegebenenfalls auch legitim ist, notwendige Hilfen zu leisten, halte ich es für falsch, daß Sie durch Ihre Beantwortung draußen den Eindruck erwecken, dies sei das Normale in dieser Gesellschaft und Ehe und Familie fänden nicht mehr wie in der zentralen Aussage der Landesverfassung statt.

(Beifall bei der CDU)

Ich hatte in Ihrer Antwort, Herr Minister, ein deutliches Wort erwartet. Dieses deutliche Wort fehlt hier im Landtag. Ich hätte das deutliche Wort erwartet, daß Sie trotz aller Veränderungen in dieser Gesellschaft bezüglich des Zusammenlebens von Menschen in unterschiedlichen Gemeinschaften auch einmal die Bedeutung von Ehe und Familie herausstellen und daß Sie den Mut aufbringen - scheinbar haben Sie diesen nicht mehr -, in diesem Zusammenhang aus Artikel 5 der Landesverfassung zu zitieren: (D)

(Beifall bei der CDU)

"Ehe und Familie werden als die Grundlagen der menschlichen Gesellschaft anerkannt. Sie stehen unter dem besonderen Schutz des Landes."

Ich wünschte mir, daß in diesem Parlament insbesondere von dieser Koalition mehr deutliche Worte in diesem Zusammenhang gefunden werden.

(Beifall bei der CDU)

Nun einige Anmerkungen zum Landesjugendplan: Meine Damen und Herren, wir haben beantragt, den Präambelbereich des ersten Entwurfs des Landesjugendplans zu streichen. Diesem Begehren in unserem Antrag ist man nicht gefolgt.

(Antonius Rüsenberg [CDU])

- (A) Kollege Flessenkemper, gilt nun das, was in der Präambel des Entwurfs steht, oder gilt das, was in der Ergänzungsvorlage formuliert ist? Diesbezüglich sehen wir Klärungsbedarf, weil auch Unsicherheit bei den Trägern besteht.

Im Ergänzungsentwurf ist klar formuliert: Der neue Landesjugendplans mit den Veränderungen tritt am 1. Januar 1999 in Kraft, und Anfang 1998 wird der Entwurf durch den zuständigen Fachminister vorgelegt. Im Haushaltsjahr haben die Träger die Möglichkeit, diese Umstellungsprozesse in der Gesamtplanung für 1999 zu vollziehen.

Oder gilt das, was der Minister in seiner Rede vor der SPD-Fraktion sagte, als er formulierte: die Träger werden die Möglichkeit erhalten, 1998 freiwillige Veränderungen vorzunehmen? - Werden dann diejenigen, die auf diese Veränderungen, die als neue Herausforderungen beschrieben sind, eingegangen sind, auch Fördermittel aus dem Landesjugendplan 1998 erhalten?

Und wenn ja - dies sollte ja im Konsens geschehen -: Geht das dann, weil das Geld nur einmal zu verteilen ist, zu Lasten der anderen, die eventuell noch nicht umgestellt haben oder aufgrund ihrer eigenen Intention von Eigenverantwortung ihrer Arbeit inhaltlicher Art auch nicht umstellen wollen? Auch diesen Punkt gilt es in dieser Debatte anzusprechen und aus Ihrer Sicht zu klären.

(B)

Ich möchte noch zwei oder drei Anmerkungen machen, meine Damen und Herren: Ich habe Ihre Rede, Herr Minister, die Sie zum Landesjugendplan 1998 vor der SPD-Fraktion gehalten haben, gelesen. Da erwähnen Sie: Im Laufe der Zeit - Sie meinen die gut dreißig Jahre Landesjugendplan - sei ein Verständnis gewachsen, wonach der Landesjugendplan im wesentlichen ein Mittelverteilungsmechanismus ist. - Nein, das weise ich zurück. Wir haben hier im Landtag gemeinsame Entschließungsanträge mit allen Fraktionen gefaßt und den Landesjugendplan über dreißig Jahre hinweg im positiven Sinne als ein zukunftsorientiertes Steuerungsmodell und als einen Steuerungsmechanismus einer offensiven Jugendpolitik des Landes bezeichnet. Er ist mehr als ein, wie Sie es sagen, Mittelverteilungsmechanismus. Daß die bestehende Struktur, die sich ja auch verändert hat, letztlich der Jugendarbeit und damit der Jugendpolitik mehr schadet als nutzt, weise ich auch zurück.

Meine Damen und Herren, wir können ja auch weiterhin strittig über Mädchenarbeit und medien-

bezogene Arbeit diskutieren, aber eines dürfen wir auch im Interesse der Träger nicht tun - dies tun Sie aber überwiegend -, nämlich es in der jugendpolitischen Diskussion so darzustellen, als hätten sich die Träger der Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen nicht bewegt. Viele neue Herausforderungen, die jetzt als "Ei des Kolumbus" bezeichnet worden sind, werden doch in der täglichen Praxis in den Einrichtungen der unterschiedlichen Jugendverbände seit Jahren praktiziert. Da, wo noch Stillstand herrscht, wollen wir Schubkraft geben, damit sich etwas bewegt. Es aber als statisch hinzustellen, was offene Einrichtungen oder Jugendverbände leisten, halte ich für falsch.

Wir müssen in der weiteren Debatte auch darauf achten, daß Jugendarbeit auch Jugendarbeit bleibt. Mir sagte einmal ein Jugendlicher in einer Diskussion: Herr Rüsenberg, drängen Sie Jugendarbeit und die Mittel im Landesjugendplan nicht überwiegend und vorrangig auf problemorientierte Bereiche ab. Er sagte des weiteren: Denken Sie auch an die ganz "Normalen" in der Jugendarbeit, die in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung haben müssen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege!

Antonius Rüsenberg (CDU): Denken Sie auch daran - das ist mein letzter Satz -, daß die Vorgabe nicht nur so formuliert sein darf, staatlich orientierte Ziele von Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen durch Umstrukturierungsmaßnahmen durchzusetzen. Denken Sie auch an das Grundprinzip freier Partnerschaft, das autonome Entscheidungen und eine wertorientierte Jugendarbeit der unterschiedlichsten Träger in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft sichert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun Herr Kollege Flessenkemper für die SPD-Fraktion.

Bernd Flessenkemper (SPD): Verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rüsenberg, ich kann gut verstehen, daß Sie

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) zu Beginn Ihres Beitrages gesagt haben, es mache wenig Sinn, die Zahlen miteinander zu vergleichen. Es gibt ja zwei Möglichkeiten, Zahlen zu vergleichen. Die eine ist, daß man die Zahlen, die hier in Düsseldorf im Bereich Kinder, Jugend und Familie festzustellen sind, mit denen vergleicht, die man in Bonn feststellen kann. Das habe ich im letzten Jahr getan, und zwar recht ausführlich, mit dem Ergebnis, daß jeder nachlesen konnte, daß die CDU furchtbar schlecht wegkam, nämlich im Vergleich zwischen dem, was wir in Düsseldorf tun, und dem, was Sie in Bonn nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Dann gibt es die zweite Möglichkeit, nämlich Zahlen aus dem Jahr 1997 mit denen aus dem Jahr 1998 im Haushaltsplanentwurf zu vergleichen. Dann werden Sie ebenfalls feststellen - ich werde das gleich tun -, daß wir eine kontinuierliche, eine bewährte und eine mit entsprechenden Zahlen unterfütterte Politik betreiben, mit der wir deutlich machen, wie wichtig uns Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen sind.

- (B) Daß sie uns wichtig sind, dokumentieren wir dadurch, daß wir für diesen Politikbereich wie im letzten Jahr auch 1998 insgesamt etwa 2,5 Milliarden DM zur Verfügung stellen. Das dokumentieren wir auch dadurch, daß in diesem Politikbereich überall sonst notwendige Kürzungen, oft sogar in dramatischer Höhe, nicht erfolgt sind und daß wir in einigen Bereichen sogar haben drauf satteln können.

So werden - da bin ich bei Ihren Beispielen, bei den familienpolitischen Leistungen - die Beratungs-, Erholungs- und Familienbildungsmaßnahmen wieder in gleicher Höhe gefördert, nämlich mit etwa 120 Millionen DM. Das ist in Kapitel 07 050 Titelgruppen 60, 64 und 65 nachzulesen.

Für den Jugendschutz und für die erzieherische Jugendhilfe - Titelgruppen 62 und 63 - werden ebenfalls wie bisher ca. 3 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Der Landesjugendplan, das Förderinstrument von Einrichtungen und Maßnahmen für Kinder und Jugendliche in unserem Land, wird praktisch in gleicher Höhe wie 1997 wieder mit rund 193 Millionen DM ausgestattet. Auf den Landesjugendplan will ich gleich noch kurz zurückkommen.

Die anteilige Landesförderung der Betriebskosten für Kindergärten, Tagesstätten und andere Einrichtungen für Kinder wird um 30 Millionen DM

erhöht. Sie steigt damit auf über 1,6 Milliarden DM. Hinzu kommen Investitionskosten von etwa 224 Millionen DM. (C)

Es bleibt also festzustellen: Im Bereich Kinder, Jugend und Familie sind die Haushaltsansätze im wesentlichen überrollt worden. Unvermeidliche Kürzungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung - auch die haben Sie angesprochen - machen, gemessen am Gesamtvolumen, weniger als zwei Zehntel Prozent aus, was Sie als Marschrichtung für Bonn einmal mitnehmen sollten.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ist das Kapitel Fortbildung für hauptamtliche Mitarbeiter in der sozialen Arbeit angesprochen worden. Allerdings muß man auch erwähnen, daß dieser Kürzungsansatz dazu führte, daß Kürzungen bei klassischen staatlichen Aufgaben wie beispielsweise dem Beratungswesen und der Familienbildung vermieden werden konnten. Dabei muß auch berücksichtigt werden, daß genau diese Aufgabe eine originäre Aufgabe der Träger selbst ist.

Gleichwohl nehmen wir auch das wahr, was Sie angesprochen haben, daß uns nämlich die Träger der freien Wohlfahrtspflege signalisiert haben, daß eine kurzfristige Anpassung für sie zu erheblichen Härten führen würde. Deshalb haben wir nach Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Fachbereich Arbeit und Soziales innerhalb des Kapitels 07 040 unter dem Titel 684 11 - Zuschüsse an die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege - einen Untertitel 4 gebildet, aus dem wir die von Ihnen angesprochenen 500 000 DM für weitere Förderungen zur Verfügung stellen können. (D)

Wir werden - auch das haben SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam beschlossen - die Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit sowie Projekte gegen Gewalt an Lesben und Schwulen zusätzlich mit 300 000 DM gegenüber dem gekürzten Haushaltsentwurf ausstatten.

Zurück zum Landesjugendplan: Mit fast 200 Millionen DM stellen wir den Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen mehr Geld zur Verfügung als der Bund und alle übrigen Bundesländer zusammen. Das spricht für sich.

(Friedrich Schepsmeier [SPD]: Hört, hört!)

Gleichwohl ist beabsichtigt, ab 1999 eine Umstrukturierung vorzunehmen, orientiert an den

(Bernd Flessenkemper [SPD])

(A) gesellschaftlichen Herausforderungen und daraus resultierend an den zu verstärkenden Angeboten.

Da geht es nicht nur um Problembereiche wie beispielsweise die integrative Arbeit in Stadtteilen mit hohen sozialen Belastungen oder auch den Übergang von Schule in den Beruf, denen wir uns verstärkt widmen müssen, sondern es geht daneben insbesondere auch um die spezifische Mädchen- und Jungenarbeit, es geht um neue Formen der Selbstorganisation, oder es geht um Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

In dem Sinne ist auch die Präambel, die Sie angesprochen haben und die nach meiner Meinung eindeutig zu interpretieren ist, ersetzt worden. Das, was Sie im Nachtragshaushalt lesen, ist an die Stelle der bisherigen Präambel getreten. Sie ist nicht so zu interpretieren, wie Sie es getan haben, sondern sie schließt genau diesen Umstrukturierungsprozeß ein.

Genau das haben wir als sozialdemokratische Fraktion in mehreren Gesprächen mit den Trägern als Signale bereits vor Wochen und Monaten in die Landschaft getragen. Im Sinne einer wechselseitigen Verantwortung mit dem Wunsch, diesen Umstrukturierungsprozeß gemeinsam mit den Betroffenen zu gestalten, haben wir die Träger

(B) aufgefordert, schon im Jahre 1998 Ihre Kinder- und Jugendhilfeangebote selbst umzustrukturieren. Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich dafür - wir haben eine Reihe von positiven Signalen aus der Trägerlandschaft bekommen -, daß sie genau dies tun wollen.

Ich will auch noch einmal sagen, daß wir genau denen, die dokumentieren, daß sie an der Spitze des Reformprozesses stehen, weiterhin unsere Unterstützung zusagen. Wir würden uns freuen, wenn sich weitere Träger, durch diese guten Beispiele motiviert, sehr viel rascher und gezielter den neuen Herausforderungen stellen würden.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Zu den Kindergärten: Bei den Betriebskosten der Kindergärten in Höhe von 1,6 Milliarden DM hat sich der Landesanteil in wenigen Jahren mehr als verdoppelt. Dieser finanzielle Aspekt bestimmt - auch das war ein Thema bei Ihnen, Herr Kollege - die Diskussion um die aktuell anstehende Novellierung des GTK.

Hierbei wird oft unterstellt, diese Novelle sei in der Hauptsache deshalb beabsichtigt, weil das Land sparen wolle, und zwar massiv. Richtig aber ist: Mit 2 800 DM pro Kind wendet das Land

(C) mehr als doppelt so viel wie alle übrigen Flächenländer auf, die im Schnitt einen Betrag von 1 440 DM verausgaben. Auch das muß man der Wahrheit willen in die Diskussion einbringen.

Richtig ist weiterhin, daß SPD-Fraktion, Träger, Kommunen und Gewerkschaften gemeinsam zehn Grundsätze entwickelt haben, auf deren Grundlage - das will ich gerne zugestehen - unter anderem durch maßvolle Personalanpassungen Landeszuschüsse nicht eingespart, sondern umgeschichtet werden sollen. Sie wissen es: Die 50 Millionen DM ergeben sich nicht aufgrund der Kostensituation, sondern stammen aus dem Defizitausgleich, also der Einnahmesituation im Nachtragshaushalt.

Um Elternbeitragerhöhungen zu vermeiden, Armen Trägern und Elterninitiativen nach wie vor erhöhte Betriebskostenzuschüsse gewähren zu können, aber auch um insbesondere den kommunalen und kirchlichen Kindergärten die Zuschüsse künftig erhöhen zu können, ist eine solche Umstrukturierung notwendig. Nur wenn dies gelingt und wenn es gelingt, einen massiven Ausstieg katholischer und evangelischer Einrichtungen zu verhindern, kann einem deutlichen Qualitätsabbau entgegengewirkt werden.

(Beifall bei der SPD)

(D) Denn nur dann werden Eltern auch künftig einen Kindergarten in der Nachbarschaft vorfinden. Nur dann werden unterschiedliche bedarfsgerechte Formen wie die Übermittag-, Ganztags- und andere Formen der Betreuung, die insbesondere für Alleinerziehende wichtig sind, ermöglicht werden können. Nur dann wird es uns gelingen, die Überfüllung von Kindergärten und damit einhergehend deutlich wachsende Gruppengrößen zu verhindern. Weil die SPD einen solchen qualitativen Abbau nicht will, bemühen wir uns darum, alle Träger - insbesondere die konfessionellen - im Boot zu halten. Hierfür, wie wir Sozialdemokraten es tun, die politische Verantwortung zu übernehmen, bedeutet in diesen Tagen auch, dies gegen erhebliche Widerstände zu tun, damit gleichsam die Prügel einstecken zu müssen.

Ich will aber auch in aller Deutlichkeit sagen: In einem solchen Prozeß erreichen uns Meldungen - etwa aus einer benachbarten Ruhrgebietsstadt -, die einen solchen Prozeß dann natürlich insgesamt in Frage stellen: Pressemitteilungen von dort ist zu entnehmen, daß die Evangelische Kirche 27 von 52 Kindergärten schließt, also jeden zweiten. Sollte dies tatsächlich eintreten und kein

(Bernd Flessenkemper [SPD])

- (A) Einzelfall bleiben, kann das nur so gewertet werden, daß die Landesleitungen der Kirchen entweder nicht an einer konsensualen Lösung interessiert oder nicht in der Lage sind, sie vor Ort umzusetzen. Daraus ergibt sich für die Politik zwangsläufig die Frage: Macht der äußerst schwierige Prozeß einer Veränderung der Fördermodalitäten angesichts der täglichen Auseinandersetzungen und gegen die angesprochenen vielfältigen Widerstände dann überhaupt noch einen Sinn?

Ich wünsche mir, wir würden in eine solche Fragestellung nicht hineingedrängt. Deshalb sind die kirchlichen Landesleitungen aufgefordert zu verdeutlichen, wie verlässlich ihre Einschätzungen sind, damit mit einer erhöhten Förderung massive Schließungen vermieden werden können.

Es bleibt - damit komme ich zum Schluß - festzuhalten: Kinder, Jugendliche und Familien in Nordrhein-Westfalen können sich auf die Landesregierung, auf SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verlassen, auch unter finanziell sehr, sehr schwierigen Rahmenbedingungen. Jeder, der die Zahlen unvoreingenommen einander gegenüberstellt und überprüft, kann nur zu folgendem Ergebnis kommen: Dem Abbau, den Einsparungen und Kürzungen insbesondere auf Kosten der Kinder, Jugendlichen und Familien, wie wir sie fast täglich aus Bonn erfahren, steht in Düsseldorf eine verlässliche, eine sozial ausgewogene und vor allem gerechte Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienpolitik gegenüber.

(B)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Koczy.

Ute Koczy (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! "Kinder", "Jugend", "Familie", unter diesen Stichworten steht der Teil des Haushaltsplanes, über den wir jetzt zu diskutieren haben. Es geht um einen Haushaltsplan, der mit über 2,5 Milliarden DM zu Buche schlägt. "Kinder", "Jugend" und "Familie", in dieser Reihenfolge möchte ich auch Stellung nehmen:

Zunächst zu den "Kindern": Wer wollte leugnen, daß die Kindergartenpolitik seit der Sommerpause große öffentliche Aufmerksamkeit erregt. Eltern, Erzieherinnen und auch Träger artikulieren ihre Sorge angesichts des künftigen Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder. Landauf, landab treibt der Protest gegen Sparmaßnahmen die Menschen um. (C)

(Lebhafter Widerspruch der Regina van Dinther [CDU])

Wer wollte übersehen, daß das 10-Punkte-Papier der Koalitionsfraktion SPD keineswegs in die geöffneten Arme der Kindergartenlandschaft fiel! Was nimmt es wunder, daß es diverse Aktionen und Proteste gab, die auch den Nikolaus zu Hilfe riefen, um den Landtagsabgeordneten den rechten Weg zu weisen. Ich möchte vor diesem Hause gerne zitieren, was mir am 6. Dezember aus berufenem Munde nahegebracht wurde:

"Gott zum Gruße, Fräulein Ute,
und hört mich an für eine Minute.
Seht her, ich bin der Nikolaus
und sehe nicht sehr glücklich aus.
Von ferne hört' ich eine Mär,
zu glauben fällt mir diese schwer:

In Anbetracht der knappen Kassen,
habt Ihr euch etwas einfallen lassen.
Von vielen Eltern muß' ich's erfahren,
Im Kindergarten wollt ihr sparen.
Erst hielt ich es für einen Scherz,
doch bricht es mir nun fast das Herz.
Erziehern wollt ihr auf die Schnelle
kürzen jede vierte Stelle.
Ihr macht sie damit arbeitslos;
die Not wird dadurch riesengroß. (D)

Ich denk', ich kann es hier 'mal wagen,
über Folgen nachzufragen:

Wer betreut denn dann das Kind,
wenn die Stellen gestrichen sind?

Wer putzt ihm seine Schnupfennase,
führt es sicher über die Straße,

wer nimmt das Kind mal in den Arm,
hält es sicher, hält es warm?

Wer gibt ihm aus Herzensfülle
bei Kummer eine warme Hülle?

Wer lehrt es für das Leben lernen,
bastelt mit ihm Adventssterne?

Wer schlichtet manchen Kinderstreit?
Sagt' mir, wer hat die Zeit?

Was glaubt ihr denn damit zu sparen,
haltet euch nicht selbst zum Narren.

(Ute Koczy [GRÜNE])

- (A) Ihr schickt die Leut' für ein, zwei Jahr'
zum Arbeitsamt, zum Jagoda.
Nach dieser Zeit - und das ist wahr -
sind sie alle wieder da.
Dann stehen die Erziehermassen
vor den kommunalen Kassen.
Sagt mir: Wo ist da die Logik?
Bleibt bei der bewährten Pädagogik."

Fürwahr, dem Aktionskreis Lippischer Kindergärten sei Dank für die schriftliche Überlieferung dieser vorweihnachtlicher Zeilen, so daß ich hier die Gelegenheit habe, etwas von der Atmosphäre vor Ort an dieses Rednerinnenpult zu tragen. Denn - so mahnen es die Bürgerinnen und Bürger an - Politik darf nicht vergessen, daß die Finanzierungsfrage zwar bedeutend ist, aber eben nicht des Pudels Kern. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich sonst so selten so massiv Gehör verschaffen, legen Werte in die Diskussion, verweisen auf die hohe Bedeutung der ersten Jahre eines Menschenlebens und kämpfen für den Erhalt einer personell gut ausgestatteten Kindergartenlandschaft.

- (B) Nun, bislang kommt der Haushaltsplan 1998 für den Bereich der Kindergärten mit 1,794 Milliarden DM für Betriebskosten und Investitionen auf - 50 Millionen DM weniger, als noch im Herbst veranschlagt, weil die beiden Koalitionsfraktionen von einer Erhöhung der Elternbeiträge abgesehen haben und es im Jahre 1998, soweit absehbar, zu einer Novellierung des GTK kommen wird.

Herr Rüsenberg, die Formulierung, die Sie noch in der Ergänzungsvorlage gelesen haben, wurde jetzt gestrichen. Dort stehen jetzt nur die Summen, und die Ergänzung, die als Formulierung gewählt worden war, ist herausgekommen. Von daher hat sich etwas verändert. Vielleicht sollten Sie das auch registrieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Des weiteren - und darauf hat Herr Flessenkemper ja auch hingewiesen -: Wir stehen mit der Frage der Kindergartenlandschaft nicht nur im politischen Raum, sondern wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, wie die konfessionellen Träger damit umgehen wollen. Wenn 70 % der Kindergartenlandschaft konfessionellen Trägern gehören und diese sich daraus zurückziehen möchten, dann müssen wir darauf reagieren und müssen auch sagen, wie wir in Zukunft mit einem Rückgang in diesem Bereich umgehen wollen.

(C) Das ist gar nicht die Frage; dieser Aufgabe stellen wir uns.

Wir sind aber - und das haben die konfessionellen Träger ja auch gemerkt - mit vielen Bürgerinnen und Bürgern einig, daß 1,5 nicht der Stellenschlüssel ist, mit dem man die Kindergartenlandschaft in Nordrhein-Westfalen auf dem hohen pädagogischen Standard halten kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind der Auffassung, daß wir bei dieser Novellierung des GTK gesellschaftliche Veränderungen als neue Herausforderungen an die Tagesorientierungen begreifen und sie auch aufgreifen müssen.

Zweitens: Jugend. Für den Bereich Landesjugendplan, Jugendschutz und erzieherische Jugendhilfe stellt dieser Haushaltsplan 195 Millionen DM zur Verfügung. Wir müssen anerkennen, daß insbesondere der Landesjugendplan mit seinen fast 193 Millionen DM nicht gekürzt wird. Das ist heutzutage ein Grund zum Jubeln, jawohl. Aber - und dieser Satz gehört ja zum Standardrepertoire aller Fachpolitikerinnen - damit ist nicht die Steigerung der Tarife und der sonstigen Kosten übernommen worden. Das bedeutet Stagnation, Stillstand, und dieser Stillstand auf dem Niveau von vor drei Jahren ist bedenklich.

(D) Meine Damen und Herren, es zieht sich wie ein roter Faden durch unsere gesamten Debatten, daß wir uns zum einen mit der Zahlendiskussion, mit dem Thema verknüpft, und zum anderen mit den allgemein sinkenden Finanzen auseinandersetzen müssen. Wir haben als Fachpolitikerinnen damit große Schwierigkeiten. Denn es ist ja klar: Bislang - und das ist die Geschichte dieser Gesellschaft - ist die grundlegende Ideologie, die hinter allem steht, Wachstum der Gesellschaft, Wachstum der Wirtschaft, Wachstum der Staatsausgaben, Wachstum zum Reichtum, Wachstum, Wachstum. In diesen Jahren hat das Wachstum auf der Seite der Einnahmen ein Ende. Statt dessen wachsen andere Dinge: Arbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Jugendarmut, soziale Not. Ich fürchte, daß wir alle noch nicht gelernt haben, mit dieser grundlegenden Veränderung umzugehen, daß das groß buchstabierte Paradigma jetzt Schrumpfung und Stagnation und eben nicht mehr Wachstum heißt.

Aber vielleicht haben wir es auch deshalb noch nicht gelernt, unsere Perspektive zu wechseln,

(Ute Koczy [GRÜNE])

(A) weil es ja auch eine Frage der Verteilung ist. Es sind auf politischer Ebene, insbesondere auf bundespolitischer Ebene, Entscheidungsprozesse gelaufen, die zur Folge haben, daß an Wachstumsprozessen nur noch bestimmte Bevölkerungsgruppen teilhaben können. Einem Wachstum für alle ist hingegen ein Riegel vorgeschoben worden. Das ist kein Grund zum Jubel, das ist bitter, das ist ungerecht. Das ist besonders für die Jugendlichen ungerecht.

Ich gebe mich deshalb nicht damit zufrieden, stumm zuzusehen, wie hier die immer noch existierenden Wachstumsmöglichkeiten für bestimmte Interessenkreise etabliert werden. Ich sage einmal so: Die geschätzte Pünktchen-Partei ist nach heutigen Meldungen ja auch Profiteur unserer hochgeschätzten Rüstungsmafia. Gleichzeitig soll sich aber Kinder- und Jugendpolitik weiterhin mit Brotkrumen zufriedengeben.

Dies ist hier und heute der Ort, an dem wir solche Dinge auf ein Tableau zu heben haben. Jawohl, ich kann mich systemimmanent dazu äußern, daß ich es für längst überfällig halte, den Landesjugendplan umzustrukturieren, und daß ich darauf warte, daß hier nach dem ungeschickten Hin und Her in diesem Jahr mit nichtöffentlichen Papieren zum Landesjugendplan endlich ein gemeinsamer Startpunkt gesetzt wird. Jawohl, meine Fraktion unterstützt es, daß die Träger der Jugendhilfe schon im Haushaltsjahr 1998 Gelegenheit haben sollen, sich auf die neue Struktur des Landesjugendplans einzustellen. Den Ausbau bestimmter Förderschwerpunkte haben wir in unseren Debatten schon öfter in den Mittelpunkt gestellt; das brauche ich jetzt nicht zu wiederholen.

(B) Ein wesentlicher Punkt ist auch, daß wir Partizipationsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schaffen wollen - nicht nur, weil wir das Wahlalter 16 für richtig halten, sondern auch, weil wir den Anspruch ebenfalls im Hinblick auf die Beteiligung der jüngeren Generation an gesellschaftspolitischen Prozessen haben. Partizipation darf kein Fremdwort sein.

Der Landesjugendplan steht endlich vor den schon lange angekündigten Veränderungen. Wir sind gespannt, was daraus wird. Was uns in diesem Zusammenhang fehlt - ich muß es leider kurz machen -, ist das dritte Ausführungsgesetz. Ich verweise darauf weiterhin und hoffe, daß wir noch zu einer Regelung kommen.

Als letztes zum Thema Familie. Herr Rösenberg hat deutlich ein Bekennen zu Ehe und Familie ge-

fordert. Ja, sagen wir, es gibt Familien, es gibt Ehen, es gibt aber auch noch mehr. Es gibt auch Beziehungen, die eben nicht vor der Kirche gebunden sind, die nicht vor dem Staate gebunden sind. Es gibt Veränderungen; es gibt alleinerziehende Eltern, es gibt ganz neue Forderungen und Formen, und diesen müssen wir im Landeshaushalt auch gerecht werden. (C)

Ein Problem, das wir haben, liegt im Bereich der Beratungsstellen für Schwangerschaftsprobleme und Familienplanung. Dieser Punkt ist für uns weiterhin problematisch. Wir warten dringend auf die Einführung von Richtlinien und erwarten diese alsbald. Wir fordern dringend die Ausgestaltung eines pluralen Angebotes, das flächendeckend im Lande zu finden ist. Ich kann dazu nur sagen, daß die Grenzen unserer Geduld in dieser Frage eigentlich schon erreicht sind.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hoi, hoi, hoi!)

Mein Schlußsatz: Wir finden in diesem Bereich auch die Titelgruppe 87: Gleichgeschlechtliche Lebensformen. Zum Glück, muß ich sagen, bleibt die Meinung des Herrn Rösenberg einer Ablehnung der weiteren Förderung in diesem Bereich eine Minderheit. Auch hier haben wir uns gesellschaftspolitischen Veränderungen zu stellen. Wir sind auch bereit, dafür in den Haushalt die nötigen 300 000 DM zusätzlich einzustellen; denn ich denke, daß gerade dieser Bereich "Kinder, Jugend und Familie" stabil bleiben muß und wir uns hier dem Wandel stellen müssen. - Ich danke Ihnen. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat nun für die Landesregierung Herr Minister Dr. Horstmann.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rösenberg, ich will nicht verhehlen, daß die Wahlwahl des Herrn Kollegen Kreuzt und meine manchmal etwas voneinander abweichen; aber von "struktureller Benachteiligung" von Kindern, Jugendlichen und Familien in Deutschland würde ich auch sprechen. Denn es ist nicht zu übersehen: Kinder, Jugendliche und Familien werden in immer größerer Zahl die Opfer problematischer sozial-ökonomischer Entwicklungen. Das sieht

(Minister Dr. Axel Horstmann)

(A) man allein daran, daß der statistische Sozialhilfeempfänger in Deutschland immer jünger wird.

Meine Damen und Herren, es gibt noch etwas, was schlimmer ist, als daß Kinder, Jugendliche und Familien die Opfer dieser Entwicklung werden. Noch schlimmer ist, daß wir gesellschaftliche Bedingungen haben, die beinhalten können, daß ein Kind der Grund für eine strukturelle materielle Benachteiligung für seine Eltern wird. In der Situation stecken wir. Ich habe der Öffentlichkeit vor zwei Tagen eine Studie vorgestellt, die bewiesen hat, daß sich viele Menschen in einem kritischen Wohlstandsbereich bewegen, in dem ein unvorhergesehenes Ereignis oder ein gravierender Wechsel in den Lebensbedingungen, wie etwa kurzfristige Arbeitslosigkeit, zum Abgleiten in die Armut führen kann. Leider - das muß man über diese Republik, über dieses reiche Land sagen - können Kinder zu den Gründen gehören, die Menschen aus einer kritischen Einkommenssituation in Armut bringen. Das ist leider wahr, meine Damen und Herren!

Deswegen meine ich, daß es allen Anlaß gibt, sich Gedanken darüber zu machen, wie wir denn bei den sozialpolitischen, steuerpolitischen Debatten, die wir gegenwärtig in Deutschland führen, die Interessen der Kinder, Jugendlichen und Familien viel stärker in den Vordergrund rücken. Da, so muß ich sagen, Herr Kollege Rüsenberg, mißfällt es mir schon, daß bei Ihren Freunden in Bonn häufiger über den Spitzensteuersatz geredet wird als über das Kindergeld.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das zeigt, daß die Prioritäten nicht richtig gesetzt werden. Erst dann hätte es Zweck, Herr Kollege Rüsenberg, den Wert der Familie ethisch und moralisch so hochzuhalten, wie Sie das getan haben,

(Zuruf des Antonius Rüsenberg [CDU])

wenn das auch materiell gefüllt werden könnte. Es wird nicht materiell gefüllt!

(Beifall bei der SPD)

Der Familienlastenausgleich in Deutschland ist - Sie wissen es genauso gut wie ich - noch immer verfassungswidrig. Die Bundesregierung kommt dem Verfassungsauftrag und dem Auftrag des Bundesverfassungsgerichts nicht nach.

Dieses Thema ist unmittelbar mit der Frage verknüpft, welche Leistungsträger wie unterstützt werden. Dazu muß ich nochmals sagen: Viele Signale in Bonn sind auf Verantwortungsflucht

gestellt. Ich nenne Ihnen als Beispiel nur dieses eine: überproportionale Kürzung in der Jugendsozialarbeit der Bundesregierung, Mittelkürzung von 21,6 Millionen DM 1997 auf 17,1 Millionen DM 1998 - eine Mittelverminderung um 20 % nur in der Jugendsozialarbeit! Deswegen meine ich, die Kollegen Flessenkemper und Koczy haben schon recht, wenn sie sagen, daß wir uns hier mit unseren Anstrengungen sehr wohl sehen lassen können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Aber natürlich kann die Landesregierung nicht aus diesen finanzpolitischen Koordinaten ausbrechen, in denen bekanntlich alle Gebietskörperschaften stehen. Dies sei zugegeben! Auch die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik muß der beengten Finanzierungssituation gerecht werden. Aber ich verspreche hier für die Landesregierung: Sie wird nicht deren Opfer werden, meine Damen und Herren! Das werden wir verhindern.

Ich verweise auf unsere enormen Anstrengungen, adäquate kinder- und elternfreundliche Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen, die für viele Eltern, gerade junge Eltern, von existentieller Bedeutung sind.

Die wichtigste Nachricht, die ich Ihnen heute sagen will, ist: Mit Hilfe des Landes wird im kommenden Jahr der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz in jedem der 160 Jugendamtsbezirke in Nordrhein-Westfalen fristgerecht verwirklicht werden - eine gute Nachricht für alle Eltern und Kinder in Nordrhein-Westfalen, wie ich meine.

Wir werden zudem in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, den Ausbau von Plätzen in anderen Tageseinrichtungen weiter voranzubringen. Ich kann vorausschauend sagen: Mit den geplanten Förderungen in diesem Jahr werden wir seit 1990 180 000 Kindergartenplätze in Nordrhein-Westfalen neu geschaffen haben - weiß Gott eine Erfolgsbilanz!

Ich will den unvermeidlichen Hinweis auf die Betriebskostenentwicklung bei den Kindergärten an dieser Stelle bringen: Die Betriebskostenförderung wird 1998 abermals steigen, und zwar auf über 1,4 Milliarden DM. Das ist nicht allein ein quantitativer Effekt. Das kommt nicht allein aufgrund der Vermehrung der Zahl der Plätze zustande, sondern es ist auch ein qualitativer Effekt, weil die Betriebskostenförderung pro Platz in den letzten Jahren deutlich angeschwollen ist.

(C)

(D)

(Minister Dr. Axel Horstmann)

(A) Dazu sage ich Ihnen: Wir müssen anerkennen, daß sich diese Ausgabendynamik so nicht fortsetzen darf, nicht allein des Landes wegen - wir würden es auch nicht schaffen -, sondern auch der Kommunen wegen, die es nicht schaffen würden, und auch der anderen Träger wegen, die es nicht aushalten würden, wenn sich diese Kostendynamik so fortsetzen sollte; denn die kontinuierlich sinkenden Steuereinnahmen haben die Finanzprobleme bei allen zu sehr verschärft.

Da helfen uns auch keine Verteilungsdebatten weiter, in deren Stadium wir uns ja im Sommer noch befunden haben. Wir können nicht durch Umverteilung der Lasten von einem Finanzierungsverantwortlichen auf den anderen zu einer Lösung dieser Probleme gelangen. Wir müssen zu einem Bruch in der Ausgabendynamik, die wir in den letzten vier Jahren gehabt haben, kommen.

Frau Kollegin Koczy, ich sage das auch an Ihre Adresse: Auch Sie müssen als Regierungspartei darauf eine Antwort geben, wie Sie das bewerkstelligen wollen.

Unser Ziel ist es, zum 1. August 1998 ein Änderungsgesetz zum GTK in Kraft zu setzen. Dazu wollen wir im Frühjahr einen Gesetzentwurf vorlegen, der in den folgenden Monaten in die parlamentarischen Beratungen gehen soll. Ich rechne für den Juni 1998 mit einer Verabschiedung im Landtag.

(B) Meine Damen und Herren! Ich will darauf aufmerksam machen, daß wir uns bei dem Thema der Kinderbetreuungsmöglichkeiten im wesentlichen immer über die 3- bis 6jährigen unterhalten. Das ist viel zu kurz gegriffen, übrigens nicht nur aus kinder- und jugendpolitischer Sicht, sondern auch aus frauen- und familienpolitischer Sicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen uns über Ganztagsbetreuung neue Gedanken machen. Wir haben dies getan und wollen diesen Weg in den nächsten Jahren fortsetzen. Bereits im letzten Jahr wurden insgesamt 110 Ganztagsprojekte - übrigens ganz unterschiedlicher Art, die zeigen, was man alles machen kann - gefördert. Insgesamt 30 neue Ganztagsangebote konnten in die Förderung aufgenommen werden. Im nächsten Jahr wollen wir zusätzlich 1 500 Hortplätze mit über 14 Millionen DM fördern.

Im nächsten Jahr setzt die Landesregierung auch die weiteren Hilfen für die Familien fort. Dazu

gehört neben der Familienbildung das immer wichtiger werdende Angebot der Ehe-, Erziehungs- und Lebensberatungsstellen, das wir weiterhin fördern werden, und der im Jahre 1997 vorangetriebene Ausbau der Schwangerschaftskonfliktberatung kann im Jahre 1998 ebenfalls fortgesetzt werden. (C)

Herr Kollege Rösenberg, Sie haben die Förderung der gleichgeschlechtlichen Lebensformen angesprochen. Ich fand das ein bißchen schade. Es ist eigentlich nicht Ihr Niveau, Herr Kollege Rösenberg, das so zur Familienpolitik der Landesregierung in Beziehung zu setzen. Ich will mich da nicht lange rechtfertigen. Ich sage Ihnen nur: Die Förderung gleichgeschlechtlicher Lebensformen in Nordrhein-Westfalen beträgt pro Jahr 1,6 Millionen DM, alle Familienhilfen 100 Millionen DM und die Aufwendungen für die Kindertageseinrichtungen 1,6 Milliarden DM. Ich glaube, das rückt zurecht, wo in der Familien-, Kinder- und Jugendpolitik der Landesregierung die Schwerpunkte liegen.

(Beifall bei der SPD)

Aber ich sage an dieser Stelle auch: Auch diese 1,6 Millionen DM sind gut angelegtes, von mir mit Überzeugung vertretenes Geld, meine Damen und Herren. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte darauf hinweisen, daß die Landesregierung die notwendigen Vorkehrungen getroffen hat, um die Insolvenzordnung in Nordrhein-Westfalen ab dem 1. Januar 1999 und die Beratung, die vorher beginnen muß, tatsächlich auch durchzuführen. Das ist angesichts der steigenden Zahl überschuldeter Haushalte erforderlich.

Ich freue mich, daß der Landesjugendplan mit rund 192 Millionen DM überrollt werden konnte. Dies ist eine gute Ausgangsbasis für seine Weiterentwicklung. Denn der Landesjugendplan liegt mehr als 13 Millionen DM über dem Entwurf des Kinder- und Jugendplans der Bundesrepublik Deutschland. Die Träger in Nordrhein-Westfalen können somit über Neuorientierung unter sich und mit uns in der Gewißheit diskutieren, daß der Spielraum für die Jugendförderung jedenfalls in Nordrhein-Westfalen nicht eingeschränkt werden wird - fürwahr günstige Bedingungen, um über Reformen und Weiterentwicklungen zu reden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich bin optimistisch, daß uns Anfang nächsten Jahres mit der Vorlage des Entwurfs eines zu-

(Minister Dr. Axel Horstmann)

- (A) künftigen Landesjugendplans und entsprechenden Gesprächen dazu ein weiterer Schritt nach vorn gelingen wird.

Meine Damen und Herren, ich möchte meine Rede nicht ohne den Hinweis auf meine größte Sorge in der Jugendpolitik schließen: Die Zahl langzeitarbeitsloser junger Menschen, die sich auf "Sozialhilfekarrieren" vorbereiten, hat erschreckend zugenommen, auf über 10 000 in Nordrhein-Westfalen. Nichts ist gesellschaftspolitisch für mich so besorgniserregend wie diese Zahl.

Die Landesregierung wird selbstverständlich neben den Anstrengungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, über die ich eben im Bereich Arbeit, Gesundheit und Soziales gesprochen habe, auch ihre Anstrengungen im Bereich der Jugendhilfe ungeschmälert fortsetzen. Wir fördern auch im kommenden Jahr 47 Jugendwerkeinrichtungen, 60 Beratungsstellen und 84 Jugendwohnheime und wollen mit unseren sozialpädagogischen Hilfen im Übergang von der Schule in den Beruf wiederum 42 000 junge Menschen erreichen. Dies ist eine Anstrengung, die schon für sich allein uns auszeichnet als eine politische Alternative zur Bonner Verweigerungshaltung gegenüber den dringenden Herausforderungen junger Menschen in Deutschland. - Vielen Dank.

(B)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Zum Bereich Kinder, Jugend und Familie liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zum dritten Bereich des Einzelplans 07:

c) Migration

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Wittke das Wort.

Oliver Wittke (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als vor zweieinhalb Jahren der Landtag mit den Stimmen der CDU-Fraktion den Migrationsausschuß einrichtete, haben wir davor gewarnt, die Belange von Vertriebenen und Flüchtlingen, von Aussiedlern und Ausländern gemeinsam in einem Ausschuß zu behandeln. Wir haben damals argumentiert, daß Gruppen, die rechtlich unterschiedlich zu behandeln sind und die auch in ihrem Verhalten und ihrer Ausprägung tatsächlich unterschiedlich sind,

nicht gemeinsam in einem Ausschuß behandelt werden können. Wir haben damals dafür plädiert, daß die Belange von Vertriebenen und Flüchtlingen in dem dafür zuständigen Sozialausschuß bleiben sollten. Wir haben uns mit dieser Auffassung nicht durchgesetzt.

Zu dem heute zur Beratung anstehenden Haushaltsentwurf 1998 können wir sagen, daß unsere schlimmsten Erwartungen eingetroffen sind. Denn Sie, meine Damen und Herren von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, benutzen die Mittel für die Aussiedler und für die Vertriebenenarbeit als Steinbruch für andere Politikbereiche.

(Beifall bei der CDU)

Zum wiederholten Male setzen Sie in diesem Bereich Kürzungen durch, zum wiederholten Male streichen Sie hemmungslos Mittel zusammen. Weil wir nicht den Fehler machen wollen, den Sie damals begangen haben, Aussiedler, Vertriebene und Flüchtlinge auf der einen Seite und Ausländer auf der anderen Seite in einen Pott zu werfen, werde ich an dieser Stelle auch nicht weiter zum Bereich der Vertriebenen und Flüchtlinge Stellung nehmen - das wird der Kollege Gregull tun -, sondern ich will mich auf den nichtdeutschen Teil, auf den Ausländerteil in diesem Teil des Haushaltsplans beschränken.

(C)

(D)

Mit dem Haushaltsplan 1998 setzen Sie Ihre falsche Prioritätensetzung fort. Sei blähen Verwaltung und Bürokratie auf, stocken aber Mittel für konkrete Hilfen vor Ort nicht auf. Sie stellen mehr Personal in der Administration ein, sind aber nicht bereit, konkrete Integrationsmaßnahmen vor Ort zu unterstützen. Sie verpulvern Hunderttausende von DMark für Gutachten und Untersuchungen - auch in diesem Bereich des Haushalts setzt sich die schlimme Gutachteritis dieser rot-grünen Regierungskoalition fort -, Sie geben aber kein Geld für konkrete Hilfen vor Ort. Sie stecken viel Geld in ein Zentrum für Zuwanderung, das bis heute nicht mehr als ein kleines Faltblättchen in Vierfarb-Hochglanzdruck hervorgebracht und bis heute noch nicht einmal eine detaillierte Aufgabenbeschreibung vorgelegt hat.

Was Sie nicht tun, ist, konkrete Hilfen vor Ort zu geben und bei den wirklichen Problemen im Migrations- und im Ausländerbereich anzusetzen. Sie nehmen offenbar in stoischer Ruhe hin,

- daß die Säuglingssterblichkeit bei der ausländischen Bevölkerung um ein vielfaches höher liegt als bei der deutschen;

(Oliver Wittke [CDU])

- (A)
- Sie nehmen hin, daß jedes zweite ausländische Kind in Nordrhein-Westfalen keinen Kindergartenplatz hat;
 - Sie nehmen hin, daß nach Angaben der Schulministerin in Köln jedes zweite zur Einschulung anstehende Kind über nur unzureichende Deutschkenntnisse verfügt;
 - Sie nehmen hin, daß die Bildungsbeteiligungsquoten von Ausländerinnen und Ausländern miserabel sind;
 - Sie nehmen hin, daß dreimal so viele Ausländerinnen und Ausländer das deutsche Schulsystem in Nordrhein-Westfalen ohne einen qualifizierten Schulabschluß verlassen;
 - Sie nehmen hin, daß die Lehrstellensituation bei Ausländerinnen und Ausländern noch einmal miserabler ist als bei deutschen Jugendlichen;
 - Sie nehmen hin, daß die Jugendarbeitslosigkeit bei ausländischen Jugendlichen doppelt so hoch ist wie bei deutschen;
 - und Sie nehmen hin, daß vielfach mehr Ausländer in sogenannten Armutsinseln - das ist ein Ausdruck, den die Kollegin Brusis in diese Diskussion eingeführt hat - leben als Deutsche.
- (B)

Wir fordern Sie auf, endlich der wesentlichen Probleme Herr zu werden. Wir fordern Sie auf, endlich etwas für konkrete Integration von Ausländerinnen und Ausländern zu tun statt ständig auf mehr Bürokratie und auf Aufblähung von Landesinstitutionen zu setzen.

(Beifall bei der CDU)

Und weil es gleich sicherlich in den Ausführungen der anderen Redner und des Herrn Ministers eine Rolle spielen wird, will ich zu zwei Themen, die meiner Meinung nach nicht den Stellenwert in der öffentlichen Diskussion haben sollten, den sie tatsächlich haben, etwas sagen. Sie wissen, daß ich in den beiden Feldern keinen Nachholbedarf habe: Ich meine das Staatsangehörigkeitsrecht und das Wahlrecht.

(Minister Dr. Horstmann: Junger Wilder, was?)

- Wenn Sie mal ein bißchen wilder wären, Herr Minister, wenn Sie in Ihrem Bereich ein bißchen mehr erreichen würden, wären wir schon einen großen Schritt weiter. Nur: Sie sind weder jung noch wild.

Ich habe manchmal das Gefühl, daß interessierte Kreise in akademischen Zirkeln in intellektuellen Diskussionen meinen, wir müßten nur am Staatsangehörigkeits- und am Wahlrecht etwas verändern, und dann hätten wir alle Probleme im Bereich der Migrationspolitik, im Bereich der Integrationspolitik aus der Welt geschafft. (C)

(Minister Dr. Axel Horstmann: Quatsch!)

Daß dem nicht so ist, habe ich gerade mit einer ansehnlichen Liste von Versäumnissen, die im Zuständigkeitsbereich dieser Landesregierung liegen, eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Nur: Was das Fatale bei dieser Diskussion ist, ist, daß Sie versuchen, mit Ablenkungsmanövern im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechtes und im Bereich des Wahlrechtes von den eigentlichen Problemen vor Ort abzulenken. Ich sage Ihnen eines, Herr Minister: Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen, denn die Leute vor Ort, die Leute in den Hochburgen, wo viele Nichtdeutsche leben, bewegt etwas anderes als die Staatsangehörigkeits- und die Wahlrechtsfrage.

Wir fordern Sie auf, mit der Umsetzung des Haushaltsplanentwurfes 1998 eine Wende in der Integrationspolitik dieses Landes einzuleiten. Das ist dringend notwendig, denn vor Ort gibt es Probleme, die nun schon seit Jahrzehnten darauf warten, endlich gelöst zu werden. Diese Probleme hat nicht nur die jetzige Landesregierung, sondern haben auch die Vorgängerregierungen nicht nur nicht wahrgenommen, sondern es fehlen die Konzepte, die dazu beitragen, diese Probleme zu lösen. Deshalb werden wir den Einzelplan 07 auch im Bereich der Migrationspolitik heute hier in der zweiten Lesung ablehnen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Das Wort hat für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Dedanwala.

Vera Dedanwala (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Wittke, laut waren Sie ja, jung und wild waren Sie auch, aber überzeugend waren Sie überhaupt nicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte Sie nur an folgendes erinnern: Als die Landesregierung den Haushalt für Migration vor-

(Vera Dedanwala [SPD])

- (A) gestellt hat, da hat es von seiten Ihrer Fraktion nicht einen einzigen Antrag zum vorgelegten Haushaltsentwurf gegeben. Also können wir doch davon ausgehen, daß Sie mit dem von der Regierung vorgelegten Paket inhaltlich übereinstimmen, denn sonst hätten Sie doch zu all diesen Positionen, die Sie hier laut vorgetragen haben, einen Antrag gestellt. Wenn Sie das nicht tun, dann pfeifen Sie nicht, nachdem Sie die Lippen gespitzt haben. Insofern muß ich feststellen: Alles lautes Gebläse, nichts dahinter, wirklich nichts dahinter!

(Beifall bei der SPD)

Die beiden Koalitionsfraktionen haben den von der Regierung vorgelegten Haushaltsentwurf beraten und in einigen Punkten Änderungen angebracht. Wir möchten aber zunächst das vorrangige Ziel dieses Haushaltes noch einmal darstellen.

Wir befinden uns im nächsten Jahr im dritten Jahr der Umsetzung des Landesentrums für Zuwanderung. Dieses Landeszentrum für Zuwanderung wird am 8. Januar in Solingen eröffnet werden. Und dies wird eine ganz neue Dimension, was Landespolitik in Migrationsfragen betrifft, eröffnen. Ich weiß, Herr Wittke, daß Sie das bisher trotz all unserer Beratungen nicht wahrhaben wollen. Aber glauben Sie es einfach einmal: Die Bevölkerung nimmt es wahr.

(B)

Dieses Landeszentrum ist eine Schnittstelle zwischen Politik, Wissenschaft und Praxis. Dies gibt es bisher in keinem Bundesland. Wir verfügen über vielfältigste Erfahrungen aus der Praxis, die aber keine Transferstelle haben, um in Wissenschaft und Politik Umsetzung zu finden. Und wir verfügen über erhebliche Erfahrungswerte aus der Wissenschaft, die wiederum keine Umsetzungsmechanismen in praktisches Handeln vor Ort haben. Genau dieses soll das Landeszentrum für Zuwanderung leisten. Wir wünschen der inzwischen gefundenen Leiterin, Frau Dr. Akgün, außerordentlich viel Erfolg bei ihrer Arbeit, einer Arbeit, die wichtig ist für unser Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir wollen nämlich dort gleichstellungsorientierte Integrationskonzepte entwickeln. Wir wollen sie nicht nur entwickeln, wir wollen sie auch umsetzen. Und wir wollen die öffentlichen und die freien Träger bei der Umsetzung ihrer Konzepte tatkräftig unterstützen. Eine solche tatkräftige Unterstützung wird vom Landeszentrum in Solingen ausgehen. Wir wollen dort modellhaft Angebote für Fort- und Weiterbildung und für die Beratung

der Zuwanderer entwickeln. Um das nicht überall wieder neu erarbeiten lassen zu müssen, soll man die Ergebnisse im Landeszentrum abfragen und so in die ganz konkrete Arbeit vor Ort einbeziehen können, damit nicht jeder alleine auf sich gestellt ist. Vielleicht gehen Sie einfach dorthin und erkundigen sich. Vielleicht kommen Sie auch am 8. Januar 1998 zur Einweihung. Dann sehen Sie schon viel von dem, was dort passiert.

(C)

Dieses Landeszentrum soll Diskriminierungstatbestände dokumentieren und daraus Konzepte entwickeln, wie man einer solchen Diskriminierung in Zukunft begegnen kann. Wir sind sehr gespannt auf diese Arbeitsansätze und werden mit Sicherheit bei der nächsten Haushaltsberatung konkrete Dinge vortragen können.

Im übrigen zu Ihrer Aussage, wir wollten die Gruppen von Ausländern und Aussiedlern getrennt behandeln: Selbstverständlich sind alle Gruppen der Aussiedler in die Arbeit des Landesentrums einbezogen, denn auch Aussiedler sind Zuwanderer in unserem Land. Sie haben die gleichen sprachlichen Probleme und Integrationsprobleme, wie sie Zuwanderer aus anderen Bereichen auch haben.

(Beifall bei der SPD)

Nicht umsonst hören wir die bösen Sprüche in manchen Stadtteilen: Da kommen die Russen. Diese Sprüche kennen Sie doch auch. Das sind deutsche Zuwanderer, die große Integrationsprobleme haben und auch dort aufgenommen werden. Frau Dr. Akgün und Herr Lohmeyer werden sich dieser Problematik gemeinsam stellen.

(D)

Wir haben weiterhin Änderungsanträge im Bereich der Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gestellt. Das hört sich theoretisch an, ist aber außerordentlich praktisch gemeint. Wir haben ein gut funktionierendes Landesprogramm in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Wir haben in diesem Landesprogramm, das sich durch viele Ressorts zieht - von Stadtentwicklung über Kultur über bauliche Veränderungen über Jugendarbeit über Arbeit mit Frauen -, festgestellt, daß es in diesen Stadtteilen eine Fülle von Konfliktpotential gibt. Dieses Konfliktpotential entzündet sich daran, daß ein hoher Ausländeranteil auf eine Schicht trifft, die nicht auf sehr hohem sozialem Niveau lebt.

(Vorsitz Präsident Ulrich Schmidt)

(Vera Dedanwala [SPD])

(A) Wir wollen Konfliktregelungen friedlicher Art in diese Stadtteile hineinbringen. Wir wollen Modellversuche beginnen, um solche Konfliktregelungen mit den Beteiligten in Gang zu setzen, um in diese Stadtteile ein bißchen mehr an Zusammenarbeit und Miteinander hineinzubringen als das feindselige Gegeneinander, das wir vielfach antreffen. Ich glaube, diese konkrete Arbeit vor Ort ist stützenswert.

Wir wollen weiterhin mit 130 000 DM die Zuschüsse für das Zentrum für Türkeistudien erhöhen. Dieses Zentrum in Essen leistet hervorragende Arbeit für das ganze Land bezogen auf die große Gruppe der Türkinnen und Türken in unserem Land, die nicht EU-Bürger sind und auch dadurch besondere Probleme haben.

Als letzte Position möchten wir 120 000 DM auf den vorhandenen Haushalt legen - wir machen dafür auch Deckungsvorschläge - für die Förderung einer weiteren Regionalen Arbeitsstelle für ausländische Kinder und Jugendliche. Wir haben in Nordrhein-Westfalen fast ein flächendeckendes Programm. Es fehlen noch einige wenige Stellen, die wir schaffen wollen. Diese Regionalen Arbeitsstellen machen eine deutliche Basisarbeit vor Ort mit konkreten Ansätzen in der Kindergartenarbeit, in der Schularbeit und in all dem, was Herr Wittke eben angesprochen hat und von dem er glaubt, daß es nicht vorhanden ist. Er hat es vielleicht auch noch nie gesehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß diese Ansätze wichtig sind und in die richtige Richtung gehen. Wir wollen dies gemeinsam tun und laden Herrn Wittke weiterhin ein, sich daran zu beteiligen mit seiner Gruppe des Migrationsausschusses.

Uns sind Vorwürfe gemacht worden, wir würden diesen Haushalt als Steinbruch für unsere Projekte benutzen. Es ist richtig, daß in jedem Haushalt Kürzungsmaßnahmen stattfinden, weil einfach die Finanzen, die wir uns alle für unsere spezielle Arbeit wünschen, nicht mehr vorhanden sind. Es ist hier durch den Haushalts- und Finanzausschuß eine Kürzung von 350 000 DM in einer Titelgruppe vorgenommen worden, die sich mit der Durchführung von Aufgaben nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz befaßt. Es gibt für diese Arbeit eine Gesamtsumme von 4,2 Millionen DM im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen.

Hier geht es um die Arbeit der Vertriebenenengruppen. In Düsseldorf wird sie durch das Gerhard-Hauptmann-Haus repräsentiert. Bei den 4,2 Millionen DM geht es um den Ankauf von Schriftgut, um Kosten von Veröffentlichungen und Veranstaltungen. Es geht hier auch - ich will das zitieren - um die Beiräte für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler, um Patenschaftszuwendungen des Landes zu den Personalausgaben an zwei Patenlandsmannschaften. Es geht um die Kulturarbeit von Verbänden, Organisationen und Institutionen.

(C)

Ich will nicht verheimlichen, Herr Wittke, daß es sicher im Jahre 8 nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten auch an der Zeit ist zu überdenken, welche Arbeit im Bereich der Vertriebenen sinnvoll, richtig, in die Zukunft weisend und unserem staatlichen Selbstverständnis heute angemessen ist. Das will ich nicht verheimlichen. Insofern werden wir uns im nächsten Jahr über diese Titelgruppen unterhalten. Aber wir halten dennoch im Rahmen von 4,2 Millionen DM eine Kürzung bei der Gesamtkürzung im Haushaltsplan des Landes für angemessen und für diesen Bereich nicht mit einem Wort wie "Steinbruch" zu betiteln. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Dedanwala. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Frau Kollegin Bainski.

Christiane Bainski (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen, daß es mit dem Haushaltsentwurf zum Komplex Migrationspolitik gelungen ist, die Kontinuität der Arbeit in diesem Bereich zu sichern. Wir haben im letzten Jahr Erhöhungen vornehmen können, diese jetzt auch gesichert und können sie weiterführen und damit Kontinuität in diesem Bereich zeigen. Das ist angesichts der Hiobsbotschaften aus Bonn über immer neue Waigelsche Milliardenlöcher keine einfache Aufgabe und verdient daher eine positive Bewertung.

Ich will aber trotzdem auch etwas zu Herrn Wittke sagen, der meint, es wäre falsch, sich in diesem Ausschuß mit Belangen von Aussiedlern und Aussiedlerinnen zusammen mit denen anderer Migranten und Migrantinnen zu befassen. Genau

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) das Gegenteil ist richtig. Denn - Frau Dedanwala hat schon darauf hingewiesen - nur weil ein Teil der Menschen, die als Aussiedler zu uns kommen, über einen deutschen Paß verfügt, haben sie nicht gleich bessere Chancen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben teilweise sogar größere Probleme bei der Eingliederung in unsere Gesellschaft - gerade auch in Schule und Beruf.

In diesem Zusammenhang wundere ich mich in der Tat darüber, daß Sie die Landesregierung überhaupt angreifen. Denn wenn es in diesem Bereich aktuell Probleme gibt, sind sie durch die Bundesregierung geschaffen worden. Durch die Kürzungen im Garantiefonds sowie nach dem AFG werden zum Beispiel die Sprachkurse für Spätaussiedler und -aussiedlerinnen von der Bundesregierung auf sechs Monate reduziert. Es gibt Kürzungen im Bereich außerschulischer Maßnahmen. Und wir haben es dort mit Riesenproblemen zu tun.

Das Land dagegen hat zwar Mittel aus dem Bereich Aussiedler/Aussiedlerinnen umgewidmet, aber nicht im Sinne von Kürzung für Maßnahmen für diese, sondern in dem Sinne, daß zum einen die Gegenfinanzierung der Bundesprogramme weiterhin ermöglicht ist, zum anderen aber Mittel umgewidmet werden, um Programme für Aussiedler und Aussiedlerinnen mit zu öffnen, die für diese bisher nicht vorgesehen waren, und von daher auch ein breiteres Angebot in diesem Bereich zu schaffen.

- (B) Zum Beispiel haben die RAA, die "Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien" extra diesen neuen Namen erhalten, um damit deutlich zu machen,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

daß damit nicht nur Migrantenkinder gemeint sind. Wir haben ein gut verbreitetes Netz von fast regionaler Deckung in Nordrhein-Westfalen, das Schullaufbahnberatung und auch Mitberatung bei der Berufsfindung leisten kann und das auch für Aussiedler und Aussiedlerinnen jetzt in neuer Form zur Verfügung gestellt wird.

Das Landeszentrum für Zuwanderung hat auch einen Schwerpunkt Aussiedler und Aussiedlerinnen, und der wird auch sichergestellt. Die neuen Mittel für stadtteilbezogene Maßnahmen werden auch für Ausiedlerinnen und Aussiedler mit zur Verfügung stehen. Insofern sind hier Programme

- geöffnet worden, und Integrationsprobleme von Aussiedlern und Aussiedlerinnen werden konkret von der Landesregierung mit beachtet. (C)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Bainski, würden Sie die Frage von Herrn Wittke zulassen? - Bitte, Herr Wittke.

Oliver Wittke (CDU): Frau Kollegin, wenn tatsächlich alle Programme für Aussiedler und Vertriebene und Flüchtlinge geöffnet werden, würden Sie dann bitte so freundlich sein, uns am Beispiel des Landesentrums für Zuwanderung deutlich zu machen, wo dort die Vorstellungen von Aussiedlern, Vertriebenen und Flüchtlingen in die Erarbeitung der Konzeption Eingang gefunden haben?

Christiane Bainski (GRÜNE): Ich komme gleich zum Landeszentrum und werde dann versuchen, auf die Frage mit einzugehen. Ist das in Ordnung?

(Zuruf des Oliver Wittke [CDU])

- Ja, Sie passen sicher auf, daß ich das auch tue.
- Ich kann aber auch die Ausführungen zum Landeszentrum jetzt machen. (D)

Zunächst einmal bietet das Landeszentrum eine der Möglichkeiten, um eben unter den Aspekten Wissenschaft, Praxis und Politik zusammenzukommen. Dieses Landeszentrum ist in einem Errichtungsprozeß; das wissen Sie. Es sind gerade erst sechs Stellen besetzt. Es werden weitere Stellen im Laufe des nächsten Jahres besetzt, und im Zusammenhang mit der Besetzung der weiteren Stellen wird das Konzept dieses Landesentrums, das erst im Januar eröffnet wird, weiterentwickelt. Ich gehe davon aus - das ist bereits vereinbart -, daß mit dem Landesbeirat für Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler/-innen darüber verhandelt wird und daß darüber hinaus bei der weiteren Stellenbesetzung Bewerbungen von Aussiedlern und Aussiedlerinnen mitberücksichtigt werden. Ich komme dann später aber noch einmal konkret auf das Zentrum zurück. Auf jeden Fall ist Sorge dafür getragen, daß dieser Problembereich im Landeszentrum, in seiner Konzeption und seiner Arbeit, einen entsprechenden Stellenwert haben wird.

(Christiane Bainski [GRÜNE])

(A) Ich bin auch immer wieder sehr erstaunt, wenn Herr Wittke hier sozusagen als der Wahrer der Interessen der Migrantinnen und Migranten in diesem Land auftritt. Das finde ich gerade seitens der CDU doch etwas unglaublich, vor allen Dingen dann, wenn ich auf die Bundesebene blicke.

Noch immer bestreitet die Bundesregierung, angeführt von der CDU, daß wir in einem Einwanderungsland leben, obwohl die Fakten eine völlig andere Sprache sprechen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Sehr richtig! - Beifall bei den GRÜNEN)

Noch immer betreiben Sie immer wieder Verschärfungen des Ausländerrechts. Wo sind die Schritte der Bundesregierung zur Aufhebung von diskriminierenden Regelungen in unserer Gesellschaft zum Beispiel im Bereich der Arbeitsvermittlung, wenn Sie sagen, den Menschen liegt vor allen Dingen auch an Arbeitsplätzen? Ich suche danach, was Ihre Partei dafür tut; ich finde es nicht.

Sie verweigern weiterhin das Wahlrecht und halten das sogar für eine akademische Frage. Herr Wittke, Sie waren gestern noch auf einer Veranstaltung, auf der Sie sich wieder einmal aus dem Bereich der Migranten/Migrantinnen fragen lassen mußten, warum Sie da nicht mehr tun. Es gibt keine Bewegung im Sinne einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, noch nicht einmal zur Kinderstaatsbürgerschaft können Sie sich bewegen. Aber die Visumpflicht für Kinder - das ist Ihr Signal.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund sich dann hier hinzustellen und so zu tun, als sei man Vorreiter der Migrationspolitik, da habe ich doch sehr meine Zweifel.

Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD dagegen setzen auch mit diesem Haushalt ihre Politik des Bemühens um gleichberechtigtes Zusammenleben mit allen zugewanderten Menschen fort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir bauen auf die Erfahrungen, Ideen und Kompetenzen aller Menschen in unserer Gesellschaft und setzen Zeichen, daß wir bereit sind, ihnen Partizipationsmöglichkeiten zu eröffnen. In NRW entwickeln sich neue Formen von politischer Zu-

sammenarbeit und auch Akzeptanz von Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen.

(C)

An dieser Stelle möchte ich besonders die nunmehr seit einem Jahr arbeitende Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte hervorheben. Wir haben in der Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte einen qualifizierten und auch streitbaren Partner gefunden, der mit viel Engagement Interessen von Migrantinnen und Migranten vertritt, Impulse und Ideen in die Zusammenarbeit einbringt und seine Rolle als Mitgestalter und Partner in einer multikulturellen Gesellschaft sehr verantwortungsbewußt wahrnimmt. Und das Land wird deshalb die Arbeit der LAGA auch in unveränderter Höhe weiter fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fortsetzen werden wir auch die Förderung von Selbstorganisation von Migrantinnen und Migranten. Damit geben wir ihnen die Möglichkeit, als Akteure ihre Interessen zu formulieren, auch zu handeln und selbst an der Verbesserung ihrer Situation mitzuarbeiten.

In den nächsten Jahren wird es für uns immer wichtiger werden, die Chancengleichheit von Migranten und Migrantinnen voranzutreiben. Es zeichnet sich bereits ab, daß im vor uns liegenden Wahlkampf die bei uns zugewanderten Menschen mal wieder zum Sündenbock für fehlgeleitete Regierungspolitik gemacht werden sollen.

(D)

Einer solchen populistisch getragenen rassistischen Stimmungsmache gegenüber halte ich es für unverzichtbar, an unserer Politik der Gleichstellung festzuhalten und Diskriminierungen in unserer Gesellschaft anzugehen. Wir haben noch große Anstrengungen vor uns, um Menschen ohne deutschen Paß oder mit deutschem Paß, aber anderer Hauptfarbe oder Herkunftsnationalität vom Rand in die Mitte unserer Gesellschaft zu holen, ja nicht nur zu holen, sondern auch bereit zu sein, sie dort ankommen zu lassen. Armut, Arbeitslosigkeit und Benachteiligung dürfen nicht Kennzeichen von Zugehörigkeit von ethnischen Minderheiten werden. Die Fortführung des Programms gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung sowie verschiedene Antidiskriminierungsprojekte sollten auch in diesem Sinne genutzt werden.

Mit der personellen Verstärkung des Referats im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und mit dem begonnenen Aufbau des Landesentrums für Zuwanderung haben wir auch im Sinne

(Christiane Bainski [GRÜNE])

- (A) der Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten im qualifizierten Bereich unserer Gesellschaft ein neues Signal gesetzt, und zwar nicht, indem wir mehr Personal geschaffen haben, wie Herr Wittke es immer wieder behauptet, sondern indem aus dem Stellenhaushalt des MAGS Stellen durch Umwidmungen - und nicht durch Erweiterung - erwirtschaftet worden sind. Es gab keinen Stellenausbau.

Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß es für Migranten und Migrantinnen ein sehr wichtiges Signal ist, daß es in Bereichen, wo es um Qualifikationen geht, auch Menschen aus ihren Reihen gibt, die dort tätig sind und dort ihre Kompetenzen einbringen können; denn eines fehlt unserer Gesellschaft mit Sicherheit noch sehr deutlich - und daran müssen wir alle arbeiten -: daß Migranten und Migrantinnen auf allen Ebenen und Hierarchien in unserer Gesellschaft ihren Platz haben und dort mitwirken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne finde ich gerade die Arbeit des Landesentrums für Zuwanderung von Bedeutung. Hier ist die Leitung von Migranten und Migrantinnen besetzt. Es wird aber ein gemischtes Team sein, ein Team, von dem ich mir viel verspreche.

(B)

Die Errichtung dieses Landesentrums hat bereits großes Interesse - auch über unsere Landesgrenzen hinaus - hervorgerufen. Ich gehe davon aus, daß das, was Sie mit Unkenrufen immer verhindern wollen, Herr Wittke, sich dann sowieso in der Realität zerschlagen wird; denn die Politik, die wir machen, wird Menschen nichtdeutscher Herkunft in unserem Lande eine Perspektive weisen.

Die bisherige Politik Ihrer Partei macht das anders. Sie haben ja angekündigt, daß Sie noch in dieser Woche eine deutsch-türkische Plattform in der CDU in NRW gründen werden. Ich bin mal gespannt, wie diese Plattform aussehen wird, ob da etwas zu den Rechten der Migranten und Migrantinnen hier - zu ihrer Staatsbürgerschaft, ihrer Mitwirkung, ihrem Wahlrecht usw. - stehen wird und welche Signale davon ausgehen werden. Von unserer Politik bin ich da sehr viel überzeugt.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Bainski. - Für die CDU-Fraktion spricht der Kollege Gregull. Bitte schön!

(C)

Georg Gregull (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung: Zum Thema "Landeszentrum für Zuwanderung", von dem Herr Wittke gesprochen hat, bleibt hier festzustellen, daß bisher kein einziger Träger von Hilfsmaßnahmen für Spätaussiedler - weder in die konzeptionelle Vorbereitung noch in die personellen Entscheidungen - einbezogen worden ist. Sie haben hier also noch eine gewaltige Bringschuld.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Drucksache 12/2607 - darin eingeschlossen ist ja der Haushalt Einzelplan 07 Kap. 07 060 Titelgruppe 61 - macht eigentlich deutlich, in welcher unglaublich stümperhafter Weise dieser Haushalt behandelt wird. Da wird in der Beratung des Haushalts zu diesem Kapitel vom Minister nicht mit einem Wort erwähnt, daß dort Kürzungen zu erwarten sind. Es wird dazu auch kein Wort von den Sprechern von SPD und GRÜNEN gesagt. Selbst heute in der Sondersitzung des Ausschusses mußte die Landesregierung erklären, daß ihr keine Lösung vorstellbar sei oder daß sie noch keine Lösung kenne, wie man die Reduzierung der Mittel auffangen wolle und welche Maßnahmen darunter zu leiden hätten. Und das wird so hingegenommen von der Mehrheit, von der Koalition. Meine Damen und Herren, das ist ein Armutszeugnis für diese Koalition, auch für den Migrationsausschuß!

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der von der Koalition beantragten erneuten Kürzung im Bereich des § 96 BVFG beginnen Sie den Einstieg in den endgültigen Ausstieg aus der Förderung der Aufgaben nach diesem Gesetz. Im Vergleich zu 1997 soll der Ansatz von 4 343 700 DM auf 3 850 000 DM reduziert werden. Das sind also rund 500 000 DM - oder gut 10 % - weniger als bisher.

Frau Dedanwala, was Sie hier vorgetragen haben, war eine regelrechte Verharmlosung, denn von diesem Betrag sind 3,44 Millionen DM durch institutionelle Kosten gebunden, so daß nämlich zum guten Schluß nur noch 410 000 DM für die Aktivitäten der unterschiedlichen Verbände übrig-

(Georg Gregull [CDU])

- (A) bleiben. Diese Kürzung liegt weit über 50 %. Das ist eine unverföhrene, rücksichtslose Kürzung, wie ich sie woanders noch nicht erlebt habe.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie hier vortragen, wir müßten nächstes Jahr darüber reden: Worüber wollen Sie denn reden, wenn Sie in diesem Jahr die Strukturen der Verbände kaputtschlagen?

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es geht überhaupt nicht um den Sparzwang; das macht dieser Unterabschnitt hier auch deutlich. Denn in der gleichen Titelgruppe erhöhen Sie die Ansätze um 750 000 DM. Deswegen kann es also nicht um den Sparzwang allein gegangen sein - oder überhaupt.

Nun darf ich Ihnen vortragen, meine Damen und Herren, was Sie mit dieser Kürzung alles gefährden. Ich nenne zuerst den Schülerwettbewerb. Der Schülerwettbewerb wurde vor 43 Jahren geschaffen. Er nannte sich "Wir Deutschen und unsere östlichen Nachbarn". Er sollte jetzt weitergeführt werden mit dem Titel "Begegnung mit Osteuropa". Das ist eine Sache, mit der man gut leben kann. Aber, meine Damen und Herren, dieser Schülerwettbewerb ist gefährdet, obwohl an dem Wettbewerb bisher schon über 2 Millionen Schüler - in den letzten Jahren auch aus den osteuropäischen Partnerschulen - teilgenommen haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Wenn Sie so etwas kaputtschlagen, dann kommen wir der Verständigung kein bißchen näher.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne als zweites den Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen. Der Landesbeirat hat die Aufgabe, die Landesregierung in Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen zu unterrichten und gemäß § 96 BVFG zu beraten. Meine Damen und Herren, das ist eine wichtige Aufgabe, und die Landesregierung erklärt ja, daß sie auf diesen Rat hört. Nur vergißt sie - oder die Koalition - in diesem Zusammenhang, daß auch Arbeitsplätze tangiert sind, wenn man hier zum Abbau kommt.

Ich nenne als drittes die Patenschaften, die auch von Frau Dedanwala angesprochen worden sind. Wir haben Patenschaften mit den Siebenbürger Sachsen seit 1957 und mit den Oberschlesiern. Ich erinnere mich sehr gut an die Jubiläumsver-

anstaltung - wenn ich die einmal so nennen darf - mit den Siebenbürger Sachsen. Der Präsident hat sie hier empfangen - das fand ich alles sehr gut -, und der Minister hat gesprochen. Durch solche Beschlüsse aber werden solche Patenschaften in Frage gestellt. Ich kann Ihnen nur sagen: Finger davon!

(C)

(Beifall bei der CDU)

Wenn so etwas kaputtgeht, schadet das nicht nur dem Land Nordrhein-Westfalen, sondern auch dem Landtag und der Landesregierung, obwohl das nicht meine allergrößte Sorge ist.

Ich spreche dann die Projektförderung an. Hier von betroffen ist in besonderer Weise die vom Kabinett beschlossene Neuorientierung der Kulturpflege mit dem Ziel der Völkerverständigung, Bleibeanreize zu schaffen, Brückenfunktionen als grenzüberschreitende Maßnahmen. Tangiert ist an diesem Punkt auch das Mahnmal der Vertreibung auf Schloß Burg, zu dessen Erhalt und Funktion eine Entschließung von SPD- und CDU-Fraktion aus dem Jahre 1995 vorliegt.

Ich fasse zusammen: Es handelt sich bei diesem Antrag, der im Änderungsnachweis vorgelegt wird, um eine Grundsatzentscheidung und um eine Frage des Vertrauensschutzes. Aus- und Zusagen von Kabinettsmitgliedern wird die finanzielle Grundlage entzogen. Der Kürzungsvorschlag bedeutet darüber hinaus einen Schlag ins Gesicht der Vertriebenen, die sich aktiv für Verständigung und Freundschaft eingesetzt haben und einsetzen. Sie entsolidarisieren sich von Menschen, die ihre Heimat verloren und die viel zum Aufbau der Bundesrepublik Deutschland beigetragen haben. Sie können dies abwenden, meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen, der von zwei Gesichtspunkten geleitet wird. Einmal entspricht er dem Gedanken der notwendigen Sparsamkeit, zum zweiten werden wichtige Aufgaben und Strukturen gesichert. - Ich danke Ihnen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Kollege Gregull. - Für die Landesregierung spricht der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Dr. Horstmann.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Präsident! Meine sehr

(Minister Dr. Axel Horstmann)

(A) verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einmal, da Herr Kollege Gregull gerade vor mir gesprochen hat, ein klares Wort an diejenigen, die es hören wollen, und insbesondere auch an die Vertriebenen und ihre Organisationen richten: Die Landesregierung mußte hier einen Haushaltsentwurf vorlegen, der an vielen Stellen Einsparungen enthält. Es ist kein Einzelplan davon verschont geblieben und kein Bereich innerhalb des Einzelplanes meines Ressorts. Ich sichere aber auch den Vertriebenen zu: Niemand wird über Gebühr in Anspruch genommen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Nur 50 % Kürzungen!)

Mit jedem wird ausführlich erörtert und besprochen,

(Oliver Wittke [CDU]: Hinterher!)

wie wir mit verminderten Haushaltsmitteln zu-rechtkommen wollen. Leider ist es so, daß wir in manchen Bereichen - aber nicht nur in einem - in dieser Situation sind. Wir werden uns hier nicht anders verhalten als woanders.

Herr Kollege Gregull, es hat keinen Zweck, uns vorzuhalten, wir hätten kein konkretes Sparkonzept vorgelegt, wie wir die Mittel wo einsparen wollen.

(B) (Oliver Wittke [CDU]: Wir haben es gebracht!)

Es hat keinen Zweck, alle möglichen bestehenden Maßnahmen aufzuzählen und zu sagen, das alles sei in Gefahr. Nein, das ist natürlich nicht alles in Gefahr, sondern die Einsparungen werden sorgfältig erörtert werden. Deshalb gebe ich darauf heute keine abschließende Antwort, wo diese Einsparungen realisiert werden. Ich habe darüber übrigens bereits ein erstes Gespräch mit dem Vorsitzenden des Beirates geführt. Ich glaube, das ist eine Herangehensweise, die normal und verständlich ist.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Minister, würden Sie eine Frage von Herrn Gregull beantworten?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Ja, bitte.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Herr Kollege Gregull.

(C) **Georg Gregull (CDU):** Herr Minister, ich nehme an, Sie haben unseren Antrag gelesen. Darin steht ein Deckungsvorschlag, wonach wir erreichen wollen, daß die Ansätze auf den von der Landesregierung für notwendig gehaltenen Betrag festgelegt werden. Gestehen Sie zu, daß das eine Lösung wäre?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Herr Kollege Gregull, ich muß doch akzeptieren, daß das Parlament und die Regierungsfractionen Mittelzuwächse und Mittelsparungen im Rahmen der Haushaltsberatungen vornehmen. Sie können von mir nicht erwarten, daß ich Ihnen sozusagen im vorhinein titelscharf sage, wie so etwas realisiert werden kann.

Es gibt jetzt die Erwartung, daß die Landesregierung entsprechende Einsparungen vornimmt. Das wird auf diesem Gebiet wie bei jedem anderen Gebiet nicht leicht sein. Ich sage allerdings auch, daß Umstrukturierungen und Weiterentwicklungen bei diesen Aufgabenbereichen und bei deren Finanzierung notwendig sind. Das wissen viele Beteiligte selbst. Deshalb gibt es ohnehin den Bedarf, darüber zu reden, wie sich Vertriebenen-kulturarbeit weiterentwickeln soll.

(D) Herr Kollege Wittke, ich finde erschreckend, wie Sie hier das Thema Staatsbürgerschaftsrecht heruntergespielt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das war auch einmal Ihr Anspruch, der Sie eine Zeitlang ausgezeichnet hat. Heute haben Sie das für zumindest nachrangig erklärt. Das finde ich einigermaßen merkwürdig.

(Oliver Wittke [CDU]: Habe ich nicht so gesagt!)

Ich habe den Eindruck, gemeinsam mit den sogenannten jungen Wilden in der Union und den Liberalen sind Sie als Tiger gestartet für ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das war schon eine bedrückende Vorstellung.

In Wahrheit geht es hier um einen gesellschaftspolitisch gefährlichen Stillstand. Stillstand bedeutet Rückschritt. Die Folge ist, daß Millionen Bürgerinnen und Bürger auch künftig auf eine ver-

(Minister Dr. Axel Horstmann)

- (A) nünftige rechtliche Grundlage ihres Hierseins verzichten müssen.

(Zuruf von der CDU: Müssen nicht!)

Leider sind damit deren Alltagsschwierigkeiten noch nicht umfassend umschrieben. Immer wieder aufs Neue gelingt es den Scharfmachern in der Union mit immer neuen absurden Hilfskonstruktionen, den Menschen ausländischer Herkunft das Leben schwerzumachen.

(Heinz Paus [CDU]: Totaler Quatsch!)

Was könnte, Herr Kollege Paus, den traurigen Zustand der deutschen Integrationspolitik besser symbolisieren als der Umstand, daß das herausragende migrationspolitische Ereignis dieser Legislaturperiode der Bundesregierung das sogenannte Kindervisum war? In Wahrheit verschließt man doch in Bonn die Augen davor, wie erschreckend weit der Entfremdungsprozeß zwischen hier lebenden Kindern und Jugendlichen - auch in Nordrhein-Westfalen - unterschiedlicher Abstammung inzwischen gediehen ist. Zuwandererkinder - nehmen Sie das zur Kenntnis - fühlen sich ausgegrenzt. Viele sind längst dazu übergegangen, ihre Heimat nur noch in der eigenen ethnischen Gruppe zu suchen und vor allem auch zu fühlen.

- (B) Die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen weiß, daß der Aufenthalt von mehr als 2 Millionen Ausländerinnen und Ausländern dauerhaft ist. 44 % der Ausländer ohne deutschen Paß leben bereits seit 20 Jahren in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Mitbürger haben einen Anspruch darauf, am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben.

Ich glaube nicht daran, daß Integration allein per Verwaltungsakt zu haben ist. Aber ich bin überzeugt, daß die öffentliche Haltung und Einstellung von Immenser Bedeutung ist. Wir brauchen keine Abgrenzungsrituale. Wir brauchen Einladungen, zu uns zu gehören, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Vor dem Hintergrund höchst unterschiedlicher ausländischer Bevölkerungsgruppen bedeutet Integrationspolitik natürlich, einen Strauß an Hilfen bereitzuhalten, um das Miteinander zu organisieren. So kämpfen etwa die Spätaussiedler mit ganz anderen Integrationsproblemen als die europäischen Ausländer. So sind natürlich die Erwartungen der zweiten Generation der Arbeitsmigranten andere als die der dritten oder der vierten Generation.

Die Landesregierung hat sich darauf verständigt, die Mittel für Integrationspolitik trotz der angespannten Haushaltslage im wesentlichen auf dem Niveau der vergangenen Jahre zu halten. Durch maßvolle Umschichtungen ist es uns gelungen, auf die sich wandelnden Anforderungen zu reagieren.

Besondere Bedeutung kommt der beruflichen Integration ausländischer Jugendlicher zu, auch weil sie besonders unter Jugendarbeitslosigkeit leiden. Etwa ein Drittel aller langzeitarbeitslosen jungen Leute sind ausländischer Abstammung. Die 25 Regionalen Arbeitsstellen werden weiterhin vom Land gefördert. Sie haben sich als Koordinierungsstellen in den Kommunen bei der Eingliederung ausländischer Kinder und Jugendlicher bewährt. Sie befassen sich mehr und mehr auch mit der Integration jugendlicher Spätaussiedler. Ich bin daher dankbar, daß sich die Regierungsfaktionen darauf verständigt haben, es im nächsten Jahr zu ermöglichen, daß eine weitere Regionale Arbeitsstelle eingerichtet wird.

Aber Migranten wollen in der Regel nicht zuerst betreut werden. Sie wollen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen. Mit dem Programm zur Förderung der Selbstorganisation ist die Landesregierung im letzten Haushaltsjahr neue Wege gegangen. Sie wird diese Förderung im nächsten Jahr auf gleichem Niveau fortsetzen.

Das Gelingen bzw. Mißlingen von Integration zeigt sich vor allem in den Ballungsräumen. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau haben in den letzten Jahren einen fruchtbaren Boden dafür abgegeben, soziale Konflikte in ethnische Konflikte umzudeuten, ja leider manchmal umzuwandeln. Um die Chancen für ein friedliches Miteinander zu verbessern, werden wir daher im kommenden Jahr mit der Förderung sogenannter Sozialmanager neue Wege in fünf Modellstädten erproben. Ihre Aufgabe ist es, Hilfen bei der Förderung von Selbsthilfepotentialen zu geben und die aktive Konfliktsteuerungsfähigkeit zu erhöhen. Das sollen sie tun, indem sie Möglichkeiten und Chancen für eine gemeinschaftliche Identifikation von einheimischer Bevölkerung und zugewanderten Menschen in ein und demselben Stadtteil bieten.

Die Integrationsprobleme der jungen Spätaussiedler sind in den letzten Jahren eindeutig größer geworden. Die Bundesregierung ignoriert das. Sie fährt ihre Mittel für Sprachkurse sogar immer weiter zurück. Das Land kann diese Lücke nicht

(C)

(D)

(Minister Dr. Axel Horstmann)

- (A) kompensieren. Aber wir tragen unsere Verantwortung weiter. Um die beruflichen Integrationschancen zu verbessern, werden wir auch im kommenden Jahr berufsorientierte Sprachkurse fördern. Wir werden sie auf die Gruppe der jüdischen Kontingentflüchtlinge ausweiten.

Ein wirkliches weiteres Kapitel trauriger bundespolitischer Verantwortungsflucht ist die fehlende Unterstützung der Menschen, die 1992 mit dem Zug aus Bosnien Herzegowina - zum Teil aus KZs - nach Deutschland gekommen sind. Rund 3 000 dieser Menschen leben in Nordrhein-Westfalen. Obwohl klar war, daß trotz Rückführungsbeschluß der Innenminister an eine Rückkehr nicht zu denken war, hat der Bund seinen hälftigen Anteil gestrichen und den Kommunen aufgebürdet. Das solidarische Verhalten nordrhein-westfälischer Städte diesen Menschen gegenüber, Herr Kollege Paus, ist von der Bundesregierung mit unsolidarischem Verhalten gegenüber den Kommunen auch in Nordrhein-Westfalen beantwortet worden. Das konnten wir so nicht stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Das Land wird deshalb im kommenden Jahr die Gesamtkosten tragen.

- (B) Das Bekenntnis der nordrhein-westfälischen Landesregierung zu einer aktiven Integrationspolitik findet im Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen seinen Ausdruck, und zwar nicht nur symbolischen Ausdruck. Während wir im laufenden Haushaltsjahr seinen Aufbau konsequent vorangebracht haben, wird 1998 die dritte und letzte Ausbaustufe realisiert werden. Frau Kollegin Bainski hat recht: Die Erwirtschaftung der Stellen ist eine haushaltspolitische Leistung der Landesregierung gewesen.

Meine Damen und Herren, zum Schluß! Ich mache mir nach einer Bonner Legislaturperiode ohne einen einzigen integrationspolitischen Erfolg große Sorgen über das bevorstehende Bundestagswahljahr. Ich wünsche mir, daß trotz des Bundestagswahlkampfes eine Verbesserung der Integrationsbedingungen für die Mitbürger ausländischer Herkunft auch 1998 ein bundespolitisches Thema sein kann und sein wird.

Ich möchte die heutige Debatte dazu nutzen, die Kollegen von der CDU-Fraktion dazu zu ermuntern, im Bundestagswahlkampf auf Stimmungsmache gegen diese Menschen zu verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Haushalt 1998 die Weichen gestellt, um unseren differenzierten Weg in der Integrationspolitik fortzusetzen. Wir brauchen dafür auch Rückendeckung aus Bonn. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Minister. - Der Kollege Wittke hatte sich noch einmal zu Wort gemeldet.

Oliver Wittke (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister, Sie haben jetzt zwar lange gesprochen, aber Sie haben keine Antwort darauf gegeben, was die Landesregierung gegen die viel zu hohe Säuglingssterblichkeit bei Nichtdeutschen zu tun gedenkt. Sie haben nicht gesagt, was die Landesregierung dagegen zu tun gedenkt, daß nur jedes zweite ausländische Kind einen Kindergartenplatz hat. Sie haben nicht erklärt, was die Landesregierung dagegen zu tun gedenkt, daß die Deutschkenntnisse bei Migrantenkindern, die eingeschult werden, miserabel sind; die Zahl, nach der 50 % zu wenig Deutschkenntnisse haben, steht nach wie vor im Raum. Sie haben nicht gesagt, was die Landesregierung dagegen zu tun gedenkt, daß die Bildungsbeteiligungsquoten bei Nichtdeutschen miserabel sind. Sie haben nicht erklärt, was die Landesregierung dagegen zu tun gedenkt, daß dreimal so viele Migrantenkinder wie deutsche keinen Schulabschluß haben, wenn sie das Schulsystem verlassen. Sie haben nicht erklärt, was die Landesregierung dagegen tun wird, daß die Lehrstellensituation bei Migrantenkindern noch einmal miserabler ist. Und Sie haben nicht gesagt, was die Landesregierung gegen die doppelt so hohe Arbeitslosenquote bei Ausländerinnen und Ausländern tun wird.

Sie haben viel heiße Luft verbreitet, alles andere war schwach, zu wenig und der Nachweis eines integrationspolitischen Versagens dieser rot-grünen Landesregierung. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herr Dr. Horstmann.

(C)

(D)

(A) Dr. Axel Horstmann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Kollege Wittke, Sie wissen, daß Ihnen die Landesregierung zu jedem einzelnen dieser Themen im Ausschuß zum Teil auf Ihr Verlangen, zum Teil auf Verlangen der Regierungsfractionen umfänglich Auskunft gegeben hat, daß nicht eines dieser Themen unbearbeitet liegt, daß die Landesregierung entschlossen all die sozialen Integrationsprobleme aufgreift. Ihr Problem ist es, daß Sie es nicht schaffen, den Beitrag, für den Ihre Partei in Bonn Verantwortung trägt, zu leisten, nämlich mit einem modernen Staatsbürgerschaftsrecht endlich eine Einladung an die Menschen auszusprechen,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

die zum Teil lange unter uns leben.

Herr Kollege Wittke, Sie haben mit der Verabschiedung in Ihrem ersten Wortbeitrag der Integrationspolitik einen schlechten Dienst erwiesen. Daß Sie jetzt versuchen, aus der Migrationspolitik ein Kasperltheater zu machen, schadet uns allen. Sie sollten die Finger davon lassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) **Präsident Ulrich Schmidt:** Meine Damen und Herren, der Komplex Migration im Rahmen des Einzelplans 07 ist damit beendet. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich **schließe die Beratung** zum Einzelplan 07 insgesamt.

Wir kommen zur **Abstimmung**, zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2673**. Wer für diesen **Änderungsantrag** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser **Änderungsantrag** mit den Stimmen der Koalitionsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/2674** ab. Wer ist für diesen **Änderungsantrag**? - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser **Änderungsantrag** mit demselben Stimmenverhältnis **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Schlußabstimmung** über **Einzelplan 07**, und zwar entsprechend der **Beschlußempfehlung** Drucksache 12/2607. Wer für die **Beschlußempfehlung** ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist

die **Beschlußempfehlung** Drucksache 12/2607 zum Einzelplan 07 mit den Stimmen der Koalitionsfractionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion **angenommen**. (C)

Ich rufe auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung** Drucksache 12/2603 und **eröffne die Beratung**. Zunächst hat der Kollege Paus für die CDU-Fraktion das Wort.

Heinz Paus (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen im Innenausschuß waren in diesem Jahr eine schlichte Zumutung. Als ich unmittelbar vor der abschließenden Sitzung des Fachausschusses noch einmal an mein Fach ging, fand ich eine 224 Seiten dicke Ergänzungsvorlage zum Haushalt; davon betreffen 38 Seiten den Bereich 03.

Fragen zur Vorlage konnten vom Staatssekretär nicht beantwortet werden; er hatte diese Unterlage selbst noch nicht. Er ging noch von einer globalen Minderausgabe von 54 Millionen DM aus. Tatsächlich steht in der Vorlage ein Betrag von 64 Millionen DM. Wie diese Summe zu erwirtschaften ist, konnte er nicht erläutern. (D)

Trotz unseres Protestes wegen dieses Beratungsverfahrens setzte die Ausschlußmehrheit die Abstimmung durch und stimmte damit blind dem Einzelplan 03 zu.

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Jentsch, im letzten Jahr hat uns Ihr Fraktionsvorsitzender Matthiesen, der gerade die Häupter seiner Lieben zählt, vorgehalten, daß wir eines der vornehmsten Rechte des Parlaments, nämlich das Haushaltsrecht, nicht wahrnahmen. Die Art und Weise, wie Sie blind der Ergänzungsvorlage der Regierung zugestimmt haben, hat deutlich gemacht, was von den Worten Ihres Fraktionsvorsitzenden zu halten ist, nämlich nichts.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Herr Matthiesen ist nicht blind! Es kann nur sein, daß er manchmal nicht richtig sieht!)